

No. 28884

**AUSTRIA
and
TURKEY**

**Convention on social security (with final protocol). Signed at
Vienna on 2 Decemher 1982**

Authentic texts: German and Turkish.

Registered by Austria on 15 April 1992.

**AUTRICHE
et
TURQUIE**

**Traité relatif à la sécurité sociale (avec protocole final). Signé
à Vienne le 2 décembre 1982**

Textes authentiques : allemand et turc.

Enregistrée par l'Autriche le 15 avril 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich
und

die Türkische Republik

von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit zu fördern und mit der Rechtsentwicklung in Einklang zu bringen,

in Anerkennung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit und der Aufrechterhaltung der erworbenen Ansprüche und Anwartschaften,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen, das an die Stelle des Abkommens über Soziale Sicherheit vom 12. Oktober 1966 in der Fassung des Zusatzabkommens vom 6. August 1974 und des Zweiten Zusatzabkommens vom 30. November 1979 treten soll:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“
die Republik Österreich,
„Türkei“
die Türkische Republik;
2. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen und im Gebiet oder in einem Teil des Gebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;
3. „zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich den Bundesminister für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbeihilfen den Bundesminister für Finanzen,

in bezug auf die Türkei die Minister, die mit der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;

4. „Träger“
die Einrichtung oder Behörde, der die Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
5. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch haben wurde, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
6. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewahren sind, seinen Sitz hat;
7. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
8. „Geldleistung“, „Pension“ oder „Rente“
eine Geldleistung, eine Pension oder eine Rente einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalsabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden;
9. „Familienbeihilfen“
die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften und gleichartige Beihilfen nach den türkischen Rechtsvorschriften.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung,
 - d) die Familienbeihilfe;
2. in der Türkei auf die Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Mutterschaftsversicherung,
 - c) die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
 - d) die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung,
 - e) die Pensionskasse für Beamte und Angestellte des Staates.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die im Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus Übereinkommen mit dritten Staaten ergeben, sind bei Anwendung dieses Abkommens nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen.

(2) Dieses Abkommen gilt auch für

- a) Flüchtlinge im Sinne der Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls hiezu vom 31. Jänner 1967, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten,
- b) Staatenlose im Sinne der Konvention vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

Artikel 4

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen dessen Staatsangehörigen gleich

- a) die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates;
- b) Flüchtlinge im Sinne der Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls hiezu vom 31. Jänner 1967, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten;

- c) Staatenlose im Sinne der Konvention vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

Artikel 5

(1) Pensionen, Renten und andere Geldleistungen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gebühren, sind, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, auch bei Aufenthalt des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu zahlen.

(2) Pensionen, Renten und andere Geldleistungen der Sozialversicherung eines Vertragsstaates werden an die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich im Gebiet eines dritten Staates aufhalten, unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang gezahlt, als handelte es sich um Staatsangehörige des ersten Vertragsstaates, die sich im Gebiet dieses dritten Staates aufhalten.

ABSCHNITT II ANZUWENDEnde RECHTSVOR- SCHRIFTEN

Artikel 6

Soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, gelten für Erwerbstätige die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Dienstnehmern auch dann, wenn sich ihr Wohnort oder der Sitz ihres Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

(1) Werden Dienstnehmer, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnen, in das Gebiet des anderen Vertragsstaates von einem Dienstgeber entsendet, der sie im Gebiet des ersten Vertragsstaates gewöhnlich beschäftigt, so gelten für sie bis zum Ende des 24. Kalendermonats ihrer Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Werden Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Für die Besatzung eines Seeschiffes sowie für andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Für Diplomaten und Berufskonsuln und für das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden sowie für Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals dieser Vertretungsbehörden und für die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Hausangestellten gelten die Bestimmungen der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen beziehungsweise der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen.

Artikel 9

Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und des Dienstgebers oder auf Antrag sonstiger Erwerbstätiger kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 8 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Dienstnehmer nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so ist er so zu behandeln, als wäre er in diesem Gebiet beschäftigt.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit, Mutterschaft und Tod (Sterbegeld)

Artikel 10

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11

(1) Begibt sich ein Dienstnehmer in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, so hat er für sich und seine in diesem Gebiet befindlichen Familienangehörigen Anspruch auf die in den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorgesehenen Leistungen unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Er muß bei seiner letzten Einreise in das Gebiet dieses Vertragsstaates arbeitsfähig gewesen sein,
- b) er muß nach seiner letzten Einreise in dieses Gebiet pflichtversichert gewesen sein,
- c) er muß unter Berücksichtigung der im Artikel 10 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die in den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates bestimmten Voraussetzungen erfüllen.

(2) Erfüllt der Dienstnehmer in den Fällen des Absatzes 1 nicht die Voraussetzungen der Buchstaben a, b oder c und tritt der Versicherungsfall innerhalb des in den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet er vor dem Wechsel seines Wohnortes zuletzt versichert war, vorgesehenen Zeitraumes ein, so hat er Anspruch auf Leistungen nach diesen Rechtsvorschriften. Die Bestimmungen des Artikels 12 Absätze 3 bis 6 finden entsprechend Anwendung.

Artikel 12

(1) Ist eine Person bei einem Träger eines Vertragsstaates versichert, so erhält sie bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates Leistungen, wenn ihr Zustand sofort ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhauspflege erforderlich macht.

(2) Ist eine Person zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates anspruchsberechtigt, so behält sie diesen Anspruch, wenn sie in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, in dem sie wohnt, zurückkehrt oder ihren Wohnort in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt. Vor der Rückkehr beziehungsweise der Wohnortverlegung ist die Zustimmung des zuständigen Trägers einzuholen. Die Zustimmung kann nur wegen des Gesundheitszustandes verweigert werden. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen und die Zustimmung aus entschuldigen Gründen nicht vorher eingeholt werden konnte. Für die Leistungen bei Mutterschaft kann die Zustimmung vor Eintritt des Versicherungsfalles erteilt werden.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Sachleistungen von dem Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften gewährt.

(4) In den Fällen der Absätze 1 und 2 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hierzu seine Zustimmung gibt; dies gilt nicht für Fälle unbedingter Dringlichkeit. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit des Betroffenen ernsthaft zu gefährden.

(5) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Geldleistungen nach den für den zuständigen Träger geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Diese Leistungen können von einem Träger des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen des zuständigen Trägers gezahlt werden.

(6) Die Absätze 1 bis 5 finden auf Familienangehörige entsprechend Anwendung.

Artikel 13

(1) Die Familienangehörigen eines Versicherten, der bei einem Träger eines Vertragsstaates versichert ist, erhalten, wenn sie im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen, Sachleistungen, als ob der Versicherte bei dem Träger ihres Wohnortes versichert wäre. Die Leistungsgewährung richtet sich nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Verlegen die Familienangehörigen ihren Wohnort in das Gebiet des Vertragsstaates, in dem der zuständige Träger seinen Sitz hat, so erhalten sie Leistungen nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften. Dies gilt auch, wenn die Familienangehörigen für denselben Fall der Krankheit oder der Mutterschaft bereits Leistungen von einem Träger des Vertragsstaates erhalten haben, in dessen Gebiet sie vor der Wohnortverlegung gewohnt haben. Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vor, so wird die Zeit, in der für denselben Fall der Krankheit oder Mutterschaft Leistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gewährt worden sind, von dem zuständigen Träger auf die Höchstdauer angerechnet.

(3) Gilt eine Person nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als Familienangehöriger, so werden die Leistungen nur einmal gewährt. Zur Erbringung der Leistungen ist der Träger des Vertragsstaates verpflichtet, in dessen Gebiet der Familienangehörige wohnt.

Artikel 14

(1) Auf Pensionsempfänger aus der Pensionsversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Pensionisten des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet sich die Pensionsempfänger gewöhnlich aufhalten. Dabei gilt bei Gewährung einer Pension nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Pension als Pension nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 15

Die nach den Artikeln 11 bis 14 in Betracht kommenden Sachleistungen sind zu gewähren

in Österreich

von der für den Aufenthalts- beziehungsweise Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt.

Artikel 16

(1) Der zuständige Träger hat dem Träger des Aufenthalts- beziehungsweise Wohnortes die nach Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absätze 1, 2 und 6, Artikel 13 Absatz 1 sowie Artikel 14 Absatz 1 zweiter Satz aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten zu erstatten; dies gilt nicht bei einem vorübergehenden Aufenthalt in dem Vertragsstaat, in dem der zur Pensionszahlung verpflichtete Träger seinen Sitz hat.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen an Stelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Artikel 17

(1) Stirbt eine Person, für welche die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gelten, oder ein Pensionsberechtigter oder ein Familienangehöriger im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so gilt der Tod als im Gebiet des ersten Vertragsstaates eingetreten.

(2) Das Sterbegeld geht zu Lasten des zuständigen Trägers, auch wenn sich der Leistungsempfänger im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Kapitel 2
Alter, Invalidität und Tod
(Pensionen)

Artikel 18

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 19

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen eine Leistung, so hat der zuständige Träger die Leistung auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten Anspruch auf die Leistung hat;
- b) besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten erworbenen Versicherungszeiten ausschließlich nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften erworben worden wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag;
- c) sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach Buchstabe b errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.

(2) Erreichen die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht nach diesen Rechtsvorschriften kein Leistungsanspruch lediglich auf Grund dieser Zeiten, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt; in diesem Fall hat der Träger des anderen Vertragsstaates die genannten Zeiten für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu

berücksichtigen, als wären es nach den für ihn maßgebenden Rechtsvorschriften erworbene Zeiten.

Artikel 20

Die zuständigen österreichischen Träger haben die Artikel 18 und 19 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung des zuständigen Trägers sind ausschließlich österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.
2. Die Bestimmungen der Artikel 18 und 19 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei der Durchführung des Artikels 19 Absatz 1 gilt folgendes:
 - a) Türkische Versicherungszeiten sind ohne Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften über die Anrechenbarkeit zu berücksichtigen.
 - b) Als neutrale Zeiten gelten auch Zeiten, während derer der Versicherte einen Anspruch auf eine Pension aus dem Versicherungsfall des Alters beziehungsweise der Invalidität nach den türkischen Rechtsvorschriften hatte.
 - c) Die Bemessungsgrundlage ist ausschließlich aus den österreichischen Versicherungszeiten zu bilden.
 - d) Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage haben außer Ansatz zu bleiben.
4. Bei der Durchführung des Artikels 19 Absatz 1 Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.
5. Übersteigt bei der Durchführung des Artikels 19 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

6. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben b und c; Artikel 23 ist entsprechend anzuwenden.
7. Der nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.
8. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so sind von den türkischen Versicherungszeiten nur jene zu berücksichtigen, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
9. Sonderzahlungen aus der österreichischen Pensionsversicherung gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 23 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 21

Die zuständigen türkischen Träger haben die Artikel 18 und 19 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Zuständiger Träger ist die Anstalt oder Kasse, an die die versicherte Person in der Türkei zuletzt Beiträge entrichtet hat.
2. Unterliegt eine Person vor ihrer Versicherung in der Türkei den österreichischen Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung, so gilt bei der Durchführung der türkischen Rechtsvorschriften der Versicherungsbeginn in Österreich als erster Eintritt in die Versicherung.
3. Bei der Durchführung des Artikels 19 Absatz 1 sind für die Feststellung der Bemessungsgrundlagen ausschließlich die nach den türkischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und die diesen Versicherungszeiten zugrundeliegenden Einkünfte zu berücksichtigen.
4. Bei der Durchführung des Artikels 19 Absatz 1 Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.
5. Hängt nach den türkischen Rechtsvorschriften die Feststellung des Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten

im Bergbau bei Untertage- und Wechsellichtarbeiten ab, so sind von den österreichischen Versicherungszeiten nur jene zu berücksichtigen, denen eine entsprechende Beschäftigung zugrunde liegt.

6. Die nach den türkischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Sonderzahlungen sind nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstaben b und c zu berechnen.

Artikel 22

(1) Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 18 ein Anspruch auf Leistung, so hat der Träger dieses Vertragsstaates die allein auf Grund der nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Leistung zu gewähren, solange ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nicht besteht.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung ist nach Artikel 19 neu festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 23

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 18 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so berechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen dieser Summe und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

Kapitel 3

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 24

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat, erhält bei Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu Lasten des zuständigen

Trägers Sachleistungen vom Träger ihres Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften. Artikel 12 Absatz 4 gilt entsprechend.

(2) Die im Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 16 entsprechend.

Artikel 25

Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

Kapitel 4

Familienbeihilfen

Artikel 26

(1) Eine Person, die in einem Vertragsstaat als Dienstnehmer erwerbstätig ist, hat nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Familienbeihilfen auch für die Kinder, die sich ständig in dem anderen Vertragsstaat aufhalten.

(2) Für den Anspruch auf Familienbeihilfen werden die Dienstnehmer so behandelt, als hätten sie ihren Wohnsitz ausschließlich in dem Vertragsstaat, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

Artikel 27

Die Familienbeihilfe, die nach österreichischen Rechtsvorschriften für Kinder gewährt wird, die sich ständig in der Türkei aufhalten, beträgt monatlich 682 S für jedes Kind. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich die Familienbeihilfe für ein Kind jeweils nach dem 1. Jänner 1982 erhöht oder vermindert; der Alterszuschlag zur Familienbeihilfe bleibt außer Ansatz.

Artikel 28

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Erlangung des Anspruches auf Familienbeihilfen bestimmte Wartezeiten vor, so werden die in dem anderen Vertragsstaat zurückgelegten gleichartigen Zeiten angerechnet.

(2) Dienstnehmer, die Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung eines Vertragsstaates beziehen, sind in bezug auf den Anspruch auf Familienbeihilfen so zu behandeln, als ob sie in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie diese Geldleistungen erhalten, beschäftigt wären.

Artikel 29

Hat eine Person während eines Kalendermonates unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für diesen Monat nur von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu gewähren waren.

Artikel 30

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind die Voraussetzungen für die Gewährung von Familienbeihilfen in beiden Vertragsstaaten gegeben, so sind die Familienbeihilfen für dieses Kind ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem sich das Kind ständig aufhält.

Artikel 31

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

ABSCHNITT IV

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 32

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen wer-

den, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Die Träger und Behörden der beiden Vertragsstaaten leisten einander bei der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als ob sie die eigenen Rechtsvorschriften anwenden würden. Die Hilfe ist kostenlos. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger, Behörden und Gerichte eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, sind auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes zu veranlassen.

Artikel 33

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 34

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in

Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 35

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates zu übermitteln.

Artikel 36

(1) Haben Träger eines Vertragsstaates an Berechtigte, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, nach diesem Abkommen Zahlungen vorzunehmen, so leisten sie diese mit befreiender Wirkung in der Währung des ersten Vertragsstaates; haben sie Zahlungen an Träger vorzunehmen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befinden, so müssen diese in der Währung dieses Vertragsstaates geleistet werden.

(2) Die Überweisungen der zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Beträge sind nach den Zahlungsvereinbarungen der beiden Vertragsstaaten vorzunehmen, die im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 37

(1) Beiträge, die einem Träger eines Vertragsstaates geschuldet werden, können im Gebiet des anderen Vertragsstaates nach dem Verwaltungsverfahren eingetrieben werden, das für die Eintreibung der den entsprechenden Trägern dieses Vertragsstaates geschuldeten Beiträge gilt.

(2) Vollstreckbare Rückstandsausweise über zu Unrecht bezogene Familienbeihilfe, die gemäß den nach Artikel 2 anzuwendenden Rechtsvorschriften zur Rückzahlung vorgeschrieben wurde, werden in der Türkei anerkannt und die auf dem Rückstandsausweis ausgewiesenen Beträge nach jenem Verwaltungsverfahren eingetrieben, das für die Eintreibung der dem türkischen Träger geschuldeten Beiträge gilt.

Artikel 38

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß auf eine Leistung gezahlt, so hat der Träger des anderen Vertragsstaates die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch besteht, auf Ersuchen und zugunsten des erstgenannten Trägers einzubehalten. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein, als ob es sich um eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates handeln würde, in dessen Gebiet die ersuchende Stelle ihren Sitz hat.

Artikel 39

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger im Gebiet des einen Vertragsstaates als auch einem Träger im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder den anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 40

(1) Jede Streitigkeit zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ist zum Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu machen.

(2) Kann die Streitigkeit auf diese Art nicht innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Verhandlungen entschieden werden, so wird sie auf Verlangen eines oder beider Vertragsstaaten einer Schiedskommission unterbreitet, deren Zusammensetzung durch eine Vereinbarung zwischen den beiden Vertragsstaaten bestimmt wird. Das anzuwendende Verfahren wird in der gleichen Weise festgelegt.

(3) Die Schiedskommission hat den Streitfall nach den Grundsätzen und dem Geiste dieses Abkommens zu entscheiden. Ihre Entscheidungen sind verbindlich und endgültig.

ABSCHNITT V ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 41

Auf Grund dieses Abkommens, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 44 Absatz 2,

- a) sind Leistungen auch für die vor seinem Inkrafttreten eingetretenen Versicherungsfälle zu gewähren;

- b) sind bei der Feststellung von Leistungen auch die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen;
- c) wird kein Anspruch auf die Zahlung von Leistungen für Zeiten vor seinem Inkrafttreten begründet, es sei denn, daß die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten bei fristgerechtem Antrag den rückwirkenden Anfall bestimmter Leistungen vorsehen.

Artikel 42

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 43

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Ankara auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Ein-

haltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf dem diplomatischen Weg kündigen.

(4) Im Fall der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

Artikel 44

(1) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik über Soziale Sicherheit vom 12. Oktober 1966 in der Fassung des Zusatzabkommens vom 6. August 1974 und des Zweiten Zusatzabkommens vom 30. November 1979 außer Kraft.

(2) Dieses Abkommen berührt unbeschadet des Absatzes 1 nicht die vor seinem Inkrafttreten erworbenen Ansprüche.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Dezember 1982 in zwei Urschriften in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

WILLIBALD P. PAHR

Für die Türkische Republik:

ECMEL BARUTÇU

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik abgeschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:
 - a) Absatz 1 Ziffer 1 bezieht sich nicht auf die österreichischen Rechtsvorschriften über die Notarversicherung.
 - b) Absatz 3 gilt nicht für die von beiden Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen, soweit hiedurch Regelungen über die Übernahme einer Versicherungslast erfolgen.
2. Zu Artikel 4 des Abkommens:
 - a) Die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgehaltenen Zeiten bleiben unberührt.
 - b) Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der Sozialen Sicherheit bleiben unberührt.
 - c) Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen bleiben unberührt.
 - d) In den von beiden Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen enthaltene Regelungen betreffend die Übernahme einer Versicherungslast bleiben unberührt.
 - e) Die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung und der Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland sowie die Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung der im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit bleiben unberührt.
3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Diese Bestimmungen gelten nicht für die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.
4. Zu Artikel 8 des Abkommens:

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für die Handelsdelegierten der beiden Vertragsstaaten und ihre Mitarbeiter entsprechend.
5. Zu Artikel 12 des Abkommens:

Die Bestimmungen des Absatzes 1 gilt in Österreich in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

 - a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung in Österreich aufhalten sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
 - b) Personen, die ihre sich in Österreich gewöhnlich aufhaltende Familie besuchen;
 - c) Personen, die sich aus anderen Gründen in Österreich aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung der für ihren Aufenthaltsort zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte gewährt wurde.
6. Zu Artikel 16 des Abkommens:

Der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung nach Artikel 14 Absatz 1 zweiter Satz wird aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten geleistet.
7. Zu Artikel 18 des Abkommens:

In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind, und zwar mit der Maßgabe, daß ein Versicherungsmonat der österreichischen Pensionsversicherung in der türkischen Rentenversicherung als 30 Beitragstage gilt.
8. Zu Artikel 19 des Abkommens:

Für die Durchführung des Absatzes 1 Buchstaben b und c und des Absatzes 2 gel-

ten 30 nach den türkischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Beitragstage als ein nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigender Versicherungsmonat und umgekehrt.

9. Zu Abschnitt III Kapitel 4 des Abkommens:
In bezug auf die Familienbeihilfen findet Artikel 4 nur nach Maßgabe der Artikel 26 bis 31 Anwendung.
10. Zu den Artikeln 26 und 27 des Abkommens:
- a) Anspruch auf Familienbeihilfe besteht nur, wenn die Beschäftigung nicht gegen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt.
 - b) Anspruch auf die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen Kalendermonat dauert; auf diese Wartezeit findet eine Anrechnung nach Artikel 28 nicht statt.

- c) Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur für die Kinder, die sich ständig in Österreich aufhalten.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Dezember 1982 in zwei Urschriften in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

WILLIBALD P. PAHR

Für die Türkische Republik:

ECMEL BARUTÇU

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA SOSYAL GÜVENLİK HAKKINDA ANLAŞMA

Avusturya Cumhuriyeti
ile

Türkiye Cumhuriyeti

Her iki devletin sosyal güvenlik alanındaki ilişkilerini geliştirmek ve hukuk alanındaki gelişme ile uyum sağlamak arzusu ile ve her iki akit devlet vatandaşlarının, sosyal güvenlik hakkındaki iç mevzuatın uygulanmasında eş değerde tutulmaları keza kazanılmış ve kazanılacak hakların korunması ilkesinden hareket ederek, 6 Ağustos 1974 tarihli Ek Anlaşma ve 30 Kasım 1979 tarihli İkinci Ek Anlaşma ile tadil edilen 12 Ekim 1966 tarihli Sosyal Güvenlik Anlaşmasının yerine geçmek üzere, aşağıdaki Anlaşma üzerinde mutabakata varmışlardır:

B Ö L Ü M İ

GENEL HÜKÜMLER

Madde 1

(1) Bu Anlaşmanın uygulanmasında;

1. «Avusturya»
Avusturya Cumhuriyetini;
«Türkiye»
Türkiye Cumhuriyetini;
2. «Mevzuat»
2 nci maddenin 1 inci fıkrasında belirtilen sosyal güvenlik kollarıyla ilgili olarak bir Akit Taraf ülkesinde veya bu ülkenin bir kısmında yürürlükte olan yasa, tüzük ve yönetmelikler ile hukuki kıymeti haiz diğer genel emir ve talimatı;
3. «Yetkili Makam»
Avusturya bakımından, Sosyal İşler Bakanını, aile yardımları ile ilgili konular bakımından, Federal Maliye Bakanını;
Türkiye bakımından, 2 nci maddenin 1 nci fıkrasında belirtilen mevzuatları uygulayacak olan Bakanları;
4. «Mercii»
2 nci maddenin 1 nci fıkrasında belirtilen mevzuat veya bu mevzuatın bir kısmını uygulamakla görevli kuruluş veya makamı;
5. «Yetkili Mercii»
Sigortalının yardım istediğinde bulunduğu sırada bağlı olduğu mercii veya en son sigortalı

olduğu Akit Taraf ülkesinde bulunsaydı hangi mercie bağlı olacak idiye o mercii;

6. «Aile Ferdi»
Nam ve hesabına yardımların yapılacak olduğu merciiin merkezini bulduğu Akit Taraf mevzuatına göre, bir aile ferdi;
7. «Sigortalılık süreleri»
Her iki Akit devlet mevzuatının kabul ettiği prim ödeme ve muadil süreleri;
8. «Para yardımı» «Aylık» veya «Gelir»
Bir para yardımı, bir aylığı veya kendisini oluşturan bütün kısımları dahil, bir geliri, her türlü zamları, intibak farklarını, her türlü illâveleri ve keza sermaye olarak yapılan toptan ödemeleri ve prim iadesi olarak yapılan ödemeleri;
9. «Aile Yardımları»
Avusturya mevzuatına göre aile yardımını ve Türk mevzuatına göre olan aynı mahiyetteki yardımları; ifade eder.

(2) Bu anlaşmadaki diğer deyimler, ilgili mevzuatta hangi anlamda kullanılmış ise o anlamı ifade eder.

Madde 2

(1) Bu Anlaşma hükümleri aşağıda yazılı mevzuat hakkında uygulanır.

1. Avusturya bakımından,
 - a) Hastalık Sigortası;
 - b) Kaza Sigortası;
 - c) Emekli Sigortası;
 - d) Aile Yardımı;
2. Türkiye bakımından,
 - a) Hastalık Sigortası;
 - b) Analık Sigortası;
 - c) İş kazaları ve Meslek Hastalıkları sigortası;
 - d) Malullük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortası;
 - e) Devlet Memur ve Hizmetlilerinin Emekli Sandığı;

(2) Bu Anlaşma, 1 nci fıkrada belirtilen mevzuatı birleştiren değiştiren veya tamamlayan tüm mevzuat hakkında uygulanır.

(3) Üçüncü devletlerle yapılan Anlaşmalardan doğan mevzuat, bu Anlaşmanın uygulanmasında nazara alınmaz.

Madde 3

(1) Bu Anlaşma, akit devletlerin vatandaşları ile bunların aile fertleri ve geride kalan haksahipleri için geçerlidir.

(2) Bu Anlaşma, ayrıca

- a) Bir akit taraf ülkesinde oturan, Mültecilerin Hukuki Durumları hakkındaki 28 Temmuz 1951 tarihli Anlaşma ile buna ilişkin 31 Ocak 1967 tarihli protokol'de belirtilen mülteciler ile
- b) Bir akit taraf ülkesinde oturan vatansızların Hukuki Durumları hakkındaki 28 Eylül 1954 tarihli Anlaşmada belirlenen vatansızlar için de geçerlidir.

Madde 4

Bir Akit Taraf mevzuatının uygulanmasında, bu taraf vatandaşları,

- a) diğer akit taraf vatandaşları ile,
- b) bir akit taraf ülkesinde oturan, Mültecilerin Hukuki Durumları hakkındaki 28 Temmuz 1951 tarihli Anlaşma ve buna ilişkin 31 Ocak 1967 tarihli Protokol'de belirlenen mültecilerle;
- c) bir akit taraf ülkesinde oturan, Vatansızların Hukuki Durumları hakkındaki 28 Eylül 1954 tarihli Anlaşmada belirlenen vatansızlar ile eş değer kabul edilirler.

Madde 5

(1) Bir Akit Tarafın mevzuatına göre mustahak olunan aylık, gelir ve diğer para yardımları, şayet bu Anlaşmada aksine bir hüküm yoksa, haksahibinin diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmesi halinde de ödenir.

(2) Bir Akit Taraf Mercininin diğer akit taraf devletinin üçüncü bir devletin ülkesinde ikamet eden vatandaşlarına olan aylık, gelir ve diğer para yardımları, sanki bunlar ilk akit taraf devletin üçüncü bir devlet ülkesinde ikamet eden vatandaşları imiş gibi, aynı koşullar ve aynı miktarlarda yapılır.

B Ö L Ü M II

UYGULANACAK MEVZUAT

Madde 6

7 ve 8 nci maddelerde aksine bir hüküm yoksa, kazanç getiren işte çalışanlar için, işin yapıldığı ülke mevzuatı geçerlidir. Bu husus, ikamet yeri veya işverenin merkezi diğer akit taraf ülkesinde bulunan işçiler için de geçerlidir.

Madde 7

(1) Bir akit taraf ülkesinde oturan işçiler, kendilerini ilk akit taraf ülkesinde çalıştıran bir işveren tarafından diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bunlar hakkında, diğer akit taraf ülkesinde çalıştıkları 24. takvim ayının sona ermesine kadar, sanki bunlar hala bu taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, ilk akit taraf mevzuatı uygulanır.

(2) Merkezi bir akit taraf ülkesinde bulunan bir hava nakliyat firmasının işçileri, bu firmanın ülkesinden diğer akit taraf ülkesine gönderildikleri takdirde, bunlar hakkında, sanki bunlar hala bu taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, ilk akit taraf mevzuatı geçerliliğini korur.

(3) Bir geminin mürettebatı ile bir gemide sadece geçici olarak çalışmayan diğer personel hakkında, gemide bayrağı taşınan akit taraf devletin mevzuatı uygulanır.

Madde 8

Diplomat ve konsolosluk ile diplomatik ve konsolosluk tarafından yönetilen temsilciliklerin idare ve teknik personeli ve keza bu temsilciliklerin resmi hizmet personeli ve konsolosluk tarafından yönetilen temsilciliklerin diplomatları, konsolosları ve üyelerinin münhasıran ev hizmetlerinde çalıştırılan hizmetlileri hakkında, Diplomatik İlişkiler hakkındaki Viyana Anlaşması ile Konsolosluk İlişkileri hakkındaki Viyana Anlaşması hükümleri uygulanır.

Madde 9

6 ilâ 8 nci maddelere göre mevzuat uygulanacak olan akit taraf yetkili makamı, işçi ile işverenin müşterek başvurusu veya kazanç sağlayan işlerde çalışan diğer kimselerin talebi üzerine, ilgili kimselerin diğer akit taraf mevzuatına tabi olmaları halinde, bu taraf mevzuatından bağışık tutulmasına izin

verebilir. Bu hususta karar verilirken, yapılan işin mahiyeti ve koşulları gözönünde bulundurulur. Karar alınmadan önce, diğer akit taraf yetkili makamına, düşüncesini bildirme fırsatı verilir. İşçi bu taraf ülkesinde çalışmıyor ise, sanki bu taraf ülkesinde çalışıyormuş gibi işlem görür.

BÖLÜM III ÖZEL HÜKÜMLER

Kısım 1

Hastalık, analık ve ölüm (cenaze parası)

Madde 10

Bir kimsenin, her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olması halinde, bu süreler, aynı zamana rastlamamış olması koşulu ile, yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihyası bakımından birleştirilir.

Madde 11

(1) Bir işçi, diğer akit taraf ülkesine gitdiği takdirde, kendisi ve bu taraf ülkesinde bulunan yardıma müstahak aile fertleri için aşağıdaki koşullarla, diğer akit taraf mevzuatında öngörülen yardımları talep etme hakkına sahiptir:

- bu akit taraf ülkesine son defa yaptığı seyahat sırasında çalışabilir durumda olması gereklidir;
- bu ülkeye yaptığı son defaki seyahatından sonra mecburi sigortalı bulunması gereklidir;
- 10 ncu maddede öngörülen sigortalılık sürelerinin birleştirilmesinde, bu akit taraf mevzuatında belirlenen koşulları yerine getirmiş bulunması gereklidir.

(2) İşçinin 1 nci fıkrada belirtilen hallerde, a, b ve c bendlerindeki koşulları yerine getirmemesi ve sigorta vak'asının, ikamet yerini değiştirmeden önce, son defa sigortalı bulunduğu akit tarafın mevzuatında öngörülen zaman içerisinde meydana gelmesi halinde, işçi, bu akit taraf mevzuatına göre yardım talep etme hakkına sahiptir. 12 nci maddenin 3 ilâ 6 ncı fıkraya hükümleri aynen uygulanır.

Madde 12

(1) Akit taraflardan birinin merciiinde sigortalı olan bir kimse, geçici olarak diğer akit taraf ülkesinde bulunduğu sırada, sağlık durumunun, hastanedeki bakım dahil, derhal hekim tarafından tedavi edilmesini gerektirdiği takdirde, gerekli yardımları görür.

(2) Bir akit tarafın bir merciiinin nam ve hesabına yardıma müstahak bulunan bir kimse, ikamet ettiği akit taraf ülkesine döndüğü veya ikametgâhını diğer akit taraf ülkesine naklettiği takdirde, yardım hakkını muhafaza eder. İkamet edilen ülkeye dönülmeden veya ikametgâhın naklinden önce yetkili merciiin muvafakatının alınması gereklidir. Muvafakat sadece sağlık durumu nedeni ile reddedilebilir. Muvafakat, gerekli koşulların mevcudiyeti halinde ve ilgilinin elinde olmayan nedenlerle daha önce alamamış olması durumunda, sonradan da verilebilir. Analık hali nedeni ile olan yardımlar için, muvafakat, sigorta vak'asının meydana gelmesinden önce verilebilir.

(3) 1 ve 2 nci fıkralarda belirtilen hallerde, sağlık yardımları, ikamet mahallindeki mercii tarafından, bu taraf mevzuatına göre yapılır.

(4) 1 ve 2 nci fıkralarda belirtilen hallerde, protezlerin, büyük çaptaki yardımcı maddelerin ve diğer önemli sağlık yardımlarının yapılması, yetkili merciiin buna ilişkin muvafakatta bulunmasına bağlıdır; bu husus, acil haller için geçerli değildir. Acil durum, yardım yapılmasının, ilgili kimsenin yaşam veya sağlığının ciddi surette tehlikeye sokulmadan ertelenemeyecek olması halinde, söz konusudur.

(5) 1 ve 2 nci fıkralarda belirtilen hallerde, para yardımları, yetkili merciiin uyguladığı mevzuata göre yapılır. Bu yardımlar, yetkili merciiin talebi üzerine, diğer akit tarafın bir mercii tarafından ödenebilir.

(6) 1 ilâ 5 nci fıkraya hükümleri aile fertleri hakkında da uygulanır.

Madde 13

(1) Akit taraflardan birinin Merciiine bağlı bir sigortalının diğer akit taraf ülkesinde ikamet etmekte bulunan aile fertleri, sigortalı diğer taraf Merciiine bağlı imiş gibi, sağlık yardımlarından faydalanırlar. Yardım, bu taraf Merciiin uyguladığı mevzuata göre sağlanır.

(2) Sigortalının aile fertleri ikametgâhlarını yetkili Merciiin bulunduğu akit taraf ülkesine naklettikleri takdirde, yardımlar bu taraf mevzuatına göre sağlanır. Bu hüküm, sigortalının aile fertlerinin, aynı hastalık veya analık vakası sebebiyle, ikametgâhlarının değişmesinden önce oturmakta oldukları akit taraf ülkesindeki Merciiiden yardım almış olmaları halinde de uygulanır. Akit taraflardan birinin mevzuatında yardımlar için azami bir sürenin öngörülmesi halinde, aynı hastalık veya analık vakası için akit taraf mevzuatına göre yardım yapılmış olan sureler yetkili Mercii tarafından nazara alınır.

(3) İki akit taraf mevzuatına göre aile ferdi olan bir kimse, yalnız ikamet ettiği ülkedeki Yetkili Mercii uyguladığı mevzuata göre sağlanan yardımlardan faydalanır.

Madde 14

(1) Akit tarafların emekli sigortasından kendilerine aylık bağlanmış bulunan aylık sahipleri hakkında, bunların, ülkesinde ikamet ettikleri akit tarafın, aylık sahiplerinin hastalık sigortasına ilişkin mevzuatı uygulanır. Sadece diğer akit taraf mevzuatına göre bir aylığın bağlanmasında, bu aylık, ilk akit taraf mevzuatına göre bağlanmış bulunan aylık olarak geçerlidir.

(2) 1 nci fıkra hükmü, aylık tahsis talebinde bulunanlar için de geçerlidir.

Madde 15

11 ilâ 14 ncü maddelere göre sözkonusu olan sağlık yardımları

Avusturya'da

İlgili kimsenin bulunduğu ya da ikamet ettiği yer için yetkili olan, işçi ve hizmetlilerin Bölge Hastalık Sandığı tarafından,

Türkiye'de ise,

Sosyal Sigortalar Kurumu tarafından yapılır.

Madde 16

(1) Yetkili mercii, ikamet mahallindeki sosyal sigorta mercii'nin, 11 nci maddenin 2 nci fıkrası, 12 nci maddenin, 1, 2 ve 6 ncı fıkraları, 13 ncü maddenin 1 nci fıkrası; ve keza 14 nci maddenin 1 nci fıkrasının ikinci cümlesine göre yaptığı masrafları, idari masraflar hariç, bu merciiye tazmin eder; ancak, bu hüküm aylık ödemekle yükümlü olan mercii'nin bulunduğu ülkede geçici olarak bulunulması halinde, geçerli değildir.

(2) Yetkili makamlar, işlerin idari yönden sadeleştirilmesi bakımından, bütün vak'alarda veya belirli vak'a gruplarında, masrafların munferit hesaplaşmalar yerine, götürü meblâğlar üzerinden tazmin edilmesi hususunu kararlaştırabilirler.

Madde 17

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre sigortalı olan veya aylık almaya hak kazanmış bulunan bir kimsenin veyahut aile ferdinin diğer akit taraf ülkesinde ölümü halinde, ölüm ilk akit taraf ülkesinde vukubulmuş sayılır.

(2) Cenaze parası yardımı müstehak olan kimsenin diğer akit Taraf ülkesinde ikamet etmekte olması halinde dahi, yetkili mercii tarafından ödenir.

Kısım 2

Yaşlılık, Malûllük ve Ölüm (aylıkları)

Madde 18

Bir kimse, her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış ise, bu süreler, aynı zamana rastlamamış olmak koşulu ile, yardım hakkının kazanılması, idame ettirilmesi veya ihyası bakımından birleştirilir.

Madde 19

(1) Her iki akit taraf ülkesinde sigortalı olarak çalışmış olan bir kimse veya geride kalanları bir yardım isteminde buldukları takdirde, yetkili mercii, yardımı, aşağıdaki biçimde tespit eder:

- Yetkili sigorta mercii, kendi mevzuatına göre, ilgili kimsenin, sigortalılık sürelerinin birleştirilmesi suretiyle yardım talep etme hakkına sahip olup olmadığını tespit eder;
- Bir yardım talep etme hakkının mevcut olması halinde, yetkili mercii, ilk olarak, her iki akit taraf mevzuatına göre geçen bütün sigortalılık sürelerinin münhasıran kendi mevzuatına göre geçmiş olması durumunda müstehak olunacak olan nazari yardım meblâğını hesaplar. Şayet yardım meblâğı sigortalılık süresine bağlı değil ise, bu meblâğ nazari meblâğdır;
- Yetkili mercii, bilâhare, borçlanılan kısmi yardımı, (b) bendindeki esasa göre hesaplanan meblâğı nazara alarak, kendi mevzuatına göre nazara alınacak olan sigortalılık süreleri ile her iki akit taraf mevzuatına göre geçen tüm sigortalılık süreleri arasındaki süre oranına göre hesaplar.

(2) Bir akit tarafın mevzuatına göre, yardım için nazara alınacak olan sigortalılık sürelerinin toplam olarak 12 ay'a ulaşmaması ve bu taraf mevzuatına göre, bu sürelere istinaden hiçbir yardım hakkının mevcut bulunmaması halinde, bu taraf mevzuatına göre hiçbir yardım yapılmaz; bu takdirde, diğer akit tarafın sosyal sigorta mercii, bildirilen bu süreleri, yardım hakkının kazanılması, idamesi ve ihyası bakımından ve keza yardımın miktarı yönünden, sanki kendi mevzuatına göre geçmiş süreler gibi, nazara alır.

Madde 20

Avusturya yetkili mercileri, 18 ve 19 ncu maddeleri aşağıdaki esaslara göre uygulurlar:

1. Yetkili mercii tarafından yapılacak tespit işleminde sadece Avusturya sigortalılık süreleri nazara alınacaktır.
2. 18 ve 19 ncu madde hükümleri, yardım talep koşulları ve Avusturya maden işçilerinin emekli sigortasından madencilere ödenen para yardımı için geçerli değildir.
3. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının uygulanmasında aşağıdaki hususlar geçerlidir:
 - a) Türk sigortalılık süreleri, Avusturya'nın hesaba dahil edilebilirlik hakkındaki mevzuatı uygulanmaksızın, nazara alınacaktır.
 - b) Sigortalının, Türk mevzuatına göre, yaşlılık veya Malüllük sigortasından aylık tahsis talebinde bulunma hakkına sahip olduğu süreler de nötral süreler olarak geçerlidir.
 - c) Aylığın hesaplanmasında nazara alınacak olan esaslar münhasıran Avusturya sigortalılık sürelerinden oluşur.
 - d) Munzam sigorta primleri, maden işçilerine yardım zammı, muhtaçlık yardımı ve ayarlama zammı aylığın hesabında nazara alınmaz.
4. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının b ve c bendlerinin uygulanmasında, birbiriyle çakışan sigortalılık süreleri, gerçek miktarları ile nazara alınacaktır.
5. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının c bendinin uygulanmasında, her iki akit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri toplamının Avusturya mevzuatına göre, aylıktaki aruş meblâğının tayini için tespit edilen azami miktarı aşması halinde, borçlanılan kısmi yardım, Avusturya mevzuatına göre nazara alınacak olan sigortalılık süreleri ile yukarıda bildirilen azami sigortalılık ayı arasındaki süre farkı oranında olmak üzere hesaplanacaktır.
6. Muhtaçlık yardımının tayininde, 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının b ve c bendi hükümleri geçerlidir; 23 ncu madde aynen uygulanır.
7. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının c bendine göre hesaplanan meblâğ, icabında, munzam sigorta primleri için öngörülen aruş meblâğları, maden işçilerine yapılan yardım zammı, muhtaçlık yardımı ve aylıkta yapılan ayarlama zammı kadar artırılır.

8. Avusturya mevzuatına göre, maden işçilerinin emekli sigortasından yardımların yapılması hususu, Avusturya mevzuatı anlamındaki madencilik faaliyetlerinin daha ziyade belirli işletmelerde geçmiş olmasına bağlı kılınması halinde, Türkiye'de geçen sigortalılık sürelerinden, sadece, aynı mahiyetteki işletmelerde, aynı mahiyetteki işlerin yapıldığı süreler nazara alınacaktır.
9. Avusturya emekli sigortasından yapılan özel ödemeler, Avusturya kısmi yardımı miktarında yapılır; 23 ncu madde aynen uygulanır.

Madde 21

Yetkili Türk mercileri, 18 ve 19 ncu maddeleri, aşağıdaki esaslara göre uygulurlar:

1. Yetkili mercii, sigortalı şahsın Türkiye'de son defa prim ödediği Kurum veya sandıktır.
2. Bir kimsenin Türkiye'deki sigortalılığından önce Avusturya emekli sigortası mevzuatına tabi bulunmuş olması halinde, Türk mevzuatının uygulanmasında, Avusturya'daki sigortalılığın başlangıcı, sigortaya ilk giriş olarak kabul edilir.
3. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının uygulanmasında, aylığın hesabında nazara alınacak esasların tespitinde münhasıran Türk mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri ile aylığın bağlanmasına esas tutulacak kazançlar nazara alınacaktır.
4. 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının b ve c bendlerinin uygulanmasında, birbiriyle çakışan sigortalılık süreleri gerçek miktarları üzerinden nazara alınacaktır.
5. Türk mevzuatına göre, yardım hakkının tespiti hususunun, sigortalılık sürelerinin maden ocaklarında yer alında ve münavebeli vardiye işlerinde geçmiş olması koşuluna bağlı tutulması halinde, Avusturya sigortalılık sürelerinden sadece, benzeri işlerde geçen sigortalılık süreleri esas tutulur.
6. Türk mevzuatına göre yapılacak olan özel ödemeler, 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının b ve c bendlerine göre hesaplanır.

Madde 22

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatına göre, 18 nci madde uygulanmaksızın da yardım talep hakkının mevcut olması halinde, hu akit tarafın yetkili mercii, aynı yardım hakkının diğer akit taraf

mevzuatuna göre mevcut olmadığı sürece, sadece kendi uyguladığı mevzuata istinaden nazara alınacak olan sigortalılık sürelerine göre sözkonusu olan yardımları yapacaktır.

(2) 1 nci fıkra hükmüne göre tespit edilen yardım, aynı yardım hakkının diğer akit taraf mevzuatuna göre meydana gelmesi halinde, 19 ncu maddeye göre yeniden tespit edilecektir. Yeni tespit işlemi, bu akit taraf mevzuatuna göre yardımın başladığı gün itibarıyla, yapılacaktır. Hukuken geçerlilik kazanmış bulunan daha önceki kararlar, yeni tespit işlemine engel değildir.

Madde 23

Bir kimsenin, bir akit tarafın mevzuatuna göre, 18 nci madde uygulanmaksızın da, yardım hakkına sahip bulunması ve bu yardımın, 19 ncu maddenin 1 nci fıkrasının c bendine göre hesaplanan yardımların toplamından yüksek olması halinde, bu akit tarafın sosyal sigorta mercii, bu şekilde hesaplanan yardımını, yardımların toplamı ile sadece kendi mevzuatuna göre müstahak olunan yardım tutarı arasındaki fark kadar arırmak suretiyle kısmi aylık olarak öder.

Kısım 3

İşkazaları ve Meslek Hastalıkları

Madde 24

(1) Bir işkazası veya bir meslek hastalığı nedeni ile bir akit tarafın mevzuatuna göre sağlık yardımlarına hak kazanan bir kimseye, bu yardımlar, diğer akit taraf ülkesindeki ikametinde, ikamet mahallindeki mercii tarafından, yetkili mercinin nam ve hesabına olmak üzere, kendi uyguladığı mevzuata göre, yapılır. Bu konuda 12 nci maddenin 4 ncu fıkrası aynen uygulanır.

(2) 1 nci fıkrada öngörülen sağlık yardımları

Avusturya'da

İlgili kimsenin ikamet ettiği yerdeki, işçi ve hizmetlilerin yetkili Bölge Hastalık Sandığı tarafından,

Türkiye'de ise

Sosyal Sigortalar Kurumu tarafından yapılır.

(3) 1 nci fıkraya göre meydana gelen masrafların tazmini konusunda 16 nci madde hükmü uygulanır.

Madde 25

Bir meslek hastalığının her iki akit taraf mevzuatuna göre tazmin edilecek olması halinde, yardımlar, sadece, ülkesinde son defa çalışılan ve mahiyeti itibarıyla böyle bir meslek hastalığına neden olabile-

cek bir işin yapıldığı akit taraf mevzuatuna göre yapılacaktır.

Kısım 4

Aile Yardımları

Madde 26

(1) Akit taraflardan birinin ülkesinde işçi olarak çalışan bir kimse, bu akit taraf mevzuatuna göre, diğer akit taraf ülkesinde oturan çocukları için de aile yardımı talep etme hakkına sahiptir.

(2) Aile yardımı talep etme hakkına sahip olan işçiler hakkında, sanki münhasıran işin yapıldığı akit taraf ülkesinde oturuyorlarmış gibi, işlem yapılır.

Madde 27

Avusturya mevzuatuna göre, sürekli olarak Türkiye'de ikamet eden çocuklar için öngörülen aile yardımının tutarı her çocuk için ayda 682 Şilin'dir. Bu meblâg, bir çocuk için öngörülen aile yardımının Avusturya'da 1 Ocak 1982 tarihinden sonra arındığı veya azaltıldığı yüzde oranı nispetinde artırılır veya azaltılır; Aile yardımına ilişkin yaş zammı nazara alınmaz.

Madde 28

(1) Bir akit taraf mevzuatının, aile yardımı talep etme hakkının kazanılması için belirli bekleme sürelerini öngörmekte olması halinde, diğer akit taraf ülkesinde geçen aynı mahiyetteki süreler nazara alınır.

(2) Bir akit tarafın Hastalık veya İşsizlik Sigortasına ilişkin mevzuatuna göre para yardımlarından yararlanan işçiler hakkında, aile yardımı talep hakkı bakımından, sanki bu işçiler, para yardımı hususunda mevzuatı uygulanan akit taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi, işlem yapılır.

Madde 29

Bir kimsenin, bir takvim ayı içerisinde, bu Anlaşma nazara alınarak, bir çocuk için, yardım talep etme koşullarını, akit taraflardan birinin ve diğerinin mevzuatuna göre, ardi ardına yerine getirmesi halinde, bu aya ait aile yardımları, sadece, yardımların yapılacağı ayın başında mevzuatı uygulanan akit tarafta yapılır.

Madde 30

Her iki akit taraf mevzuatuna göre, bu Anlaşma hükümleri nazara alınmak suretiyle, bir çocuk için, her iki akit taraf ülkesinde aile yardımı yapılmasına

ilişkin koşulların mevcudiyeti halinde, bu çocuğa ait aile yardımı, münhasıran, çocuğun ülkesinde ikamet etmekte olduğu akit taraf mevzuatına göre ödenir.

Madde 31

Bu kısımda sözkonusu edilen çocuklar, uygulanacak mevzuata göre kendileri için aile yardımı yapılması öngörülen kimselerdir.

BÖLÜM IV ÇEŞİTLİ HÜKÜMLER

Madde 32

(1) Yetkili makamlar, bu Anlaşmanın uygulanması için gerekli önlemleri bir Anlaşma çerçevesi dahilinde düzenlerler. Bu Anlaşma, işbu Sosyal Güvenlik Anlaşmasının yürürlüğe girmesinden önce imza edilebilir, ancak en erken, bu Sosyal Güvenlik Anlaşması ile birlikte yürürlüğe girer.

(2) Yetkili makamlar, birbirlerine

- a) bu Anlaşmanın uygulanması için alman tüm önlemler;
- b) bu Anlaşma ile ilgili olarak kendi mevzuatlarında vukubulan tüm değişiklikler hakkında bilgi verirler.

(3) Her iki akit taraf mercileri, 2 nci maddenin 1 nci fıkrasında belirlenen mevzuatların ve keza bu Anlaşmanın uygulanmasında, birbirlerine karşı, sanki kendi mevzuatlarını uyguluyorlucasına, yardımda bulunurlar. Bu yardımlar için taraflarca herhangi bir masraf talep edilmez. Ancak, her iki akit taraf yetkili makamları, belirli masrafların tazmin edilmesini kararlaştırabilirler.

(4) Akit tarafların mercileri ile makamları, bu Anlaşmanın uygulanması amacı ile, birbirleri ile ve keza ilgili kimseler veya bunların görevli kaldıkları kimselerle doğrudan temas edebilirler.

(5) Bir akit tarafın mercileri, makamları ve mahkemeleri, kendilerine verilen dilekçe ve sair yazıları, diğer akit tarafın resmi dili ile yazılmış olmalarından ötürü iade edemezler.

(6) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında gerekli görülen ve diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden kimseleri ilgilendiren hekim muayeneleri, yetkili Merciiin talebi üzerine ve masrafları bu merciiye ait olmak üzere, ikamet mahallindeki mercii tarafından yapılır.

Madde 33

Yetkili makamlar, bu Anlaşmanın uygulanmasında kolaylığın sağlanması ve özellikle her iki akit tarafın ilgili mercileri arasında kolaylıkla ve süratli olarak temas tesis edilebilmesi amacı ile İrübât Büroları kurabilirler.

Madde 34

(1) Bir akit tarafın mevzuatında öngörülen ve bu akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan yazı ve belgelerin vergi, damga resmi, mahkeme veya kayıt ücretlerinden bağışık tutulması veya bunlarda indirim yapılması gibi hususlar, bu Anlaşmanın veya diğer akit taraf mevzuatının uygulanmasında ibraz edilecek olan aynı mahiyetteki yazı ve belgeler için de geçerlidir.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında ibraz edilecek olan her türlü belge ve yazıların tasdikine gerek yoktur.

Madde 35

(1) Bu Anlaşmanın veya bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bir akit tarafın makamına, bir merciine veya başka bir yetkili Kuruluşuna verilecek olan dilekçeler, beyannameler veya itiraz yazıları, diğer akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili kuruluşuna verilmiş dilekçeler, beyannameler veya itiraz yazıları olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf mevzuatına göre verilen, yardım hakkındaki bir dilekçe, bu Anlaşma nazara alınmak suretiyle, diğer akit taraf mevzuatına göre söz konusu olan aynı mahiyetteki bir yardıma ilişkin dilekçe olarak da geçerlidir; bu husus, dilekçe sahibinin, bir akit taraf mevzuatına göre kazanılan aylıklı aylığının tespitinin ileri bir tarihte ertelenmesini talep etmesi halinde, geçerli değildir.

(3) Bir akit taraf mevzuatının uygulanmasında, bu akit tarafın bir makamına, bir merciine veya başka bir yetkili Kuruluşuna belirli bir süre içerisinde verilecek olan dilekçeler, beyannameler, veya itiraz yazıları, aynı süre içerisinde, diğer akit tarafın benzeri mercilerine verilebilir.

(4) 1 ilâ 3 ncü fıkralarda belirlenen hallerde, kendisine başvuruda bulunulan merci, sözkonusu dilekçeleri, beyannameleri veya itiraz yazılarını, vakit geçirmeksizin, diğer akit tarafın ilgili merciine gönderir.

Madde 36

(1) Bir akit tarafın mercilerinin, bu Anlaşmaya göre, diğer akit taraf ülkesinde bulunan haksahiplerine yapacakları ödemeler, ilk akit tarafın parası ile yapılır; bu sosyal sigorta mercilerinin, ödemeleri, diğer akit taraf ülkesinde bulunan mercilere yapılacak olmaları halinde, bunların, bu akit tarafın parası ile yapılması zorunludur.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında gerekli olan meblâğların havaleleri, her iki akit tarafın, havale sırasında geçerli olan, tediyeye anlaşmalarına göre yapılır.

Madde 37

(1) Bir akit tarafın bir merciine borçlanılan primler, diğer akit taraf ülkesinde, bu ülkedeki benzeri bir merciye borçlanılan primlerin tahsili için geçerli olan idari yöntemlere göre tahsil edilebilir.

(2) Haksız yere alınan ve 2 nci madde gereği uygulanacak mevzuata göre geri verilmesi gereken ve icra yolu ile tahsil edilebilir olan aile yardımlarına ilişkin borçluluk belgeleri Türkiye'de aynen kabul edilir ve belgede belirtilen meblâğlar, Türk merciine borçlanılan primlerin tahsili hususunda geçerli bulunan idari yöntemlere göre tahsil edilir.

Madde 38

(1) Akit taraflardan birinin bir merciinin, bir yardımı mahsuben bir avans ödemiş olması halinde, diğer akit tarafın mercii, kendi mevzuatına göre müstahak olunan aynı mahiyetteki bir yardımın aynı zaman bölümüne rastlayan fark ödemesini ilk akit taraf merciinin talebi üzerine ve onun nam ve hesabına mahfuz tutar. Bir akit taraf merciinin, diğer akit taraf ülkesindeki bir merciinin, bilâhare, aynı mahiyette yardımda bulunacağı bir süre için, gerekeninden fazla olarak bir yardımda bulunmuş olması halinde, bu yardımı aşan meblâğ, bilâhare ödenecek meblâğ miktarında kadar, ilk cümle anlamındaki avans olarak kabul edilir.

(2) Bir akit taraf ülkesindeki bir haksabibine, hak sahibinin para yardımlarını talep etmeye hakkı olduğu bir zaman bölümü içerisinde bir sosyal yardımın veya işsizlik sigortasından geçici bir yardımın yapılmış olması halinde, yükümlü mercii veya ödemeyi yapan merci, talep üzerine ve ilgili merciin nam ve hesabına olarak, aynı zaman bölümüne rastlayan ve birikmiş olup ödenecek olan meblâğların ödenmiş bulunan yardım tutarındaki kısmını, sanki yardım, talepte bulunan merciin ülkesinde merkezinin bulunduğu akit taraf mevzuatına göre yapılan bir yardım imiş gibi, keser.

Madde 39

(1) Bir akit taraf mevzuatına göre, diğer akit taraf ülkesinde vuku bulan bir zarar olayı nedeni ile yardım göreceği olan bir kimsenin, bu taraf mevzuatına göre, bir üçüncüye karşı, zararın tazmin edilmesini talep etme hakkına sahip bulunması halinde, tazminat talep etme hakkı, uyguladığı mevzuata göre, ilk akit tarafın merciine geçer.

(2) Zarara sebep olan vak'a dolayısıyla, her iki akit tarafın Mercii de tazminat talep etmek hakkına sahip iseler, üçüncü şahıs (1) nci fıkra gereğince her iki taraf Merciiine ödemesi gereken tazminat bunlardan birine veya diğerine ödeyerek mükellefiyetini yerine getirmiş sayılabilir. Bu durumda her iki Akit tarafın Merciiileri müteselsil alacaklı sayılırlar ve alınacak tazminatı, yapacakları yardımlarla orantılı olarak paylaşırlar.

Madde 40

(1) Akit tarafların yetkili makamları, akit taraflar arasında bu Anlaşmanın tefsiri veya uygulamasında çıkacak anlaşmazlıkları, müzakere yoluyla halletmeye çalışırlar.

(2) Anlaşmazlığın bu suretle halli, müzakerelerin başlamasını takip eden altı ay içinde mümkün olmadığı takdirde, anlaşmazlık, akit taraflardan birinin veya her ikisinin isteği üzerine ve her iki tarafın varacakları mutabakata göre oluşacak bir hakem hey'etine verilir. Hey'etin takip edeceği usuller de aynı şekilde tespit edilir.

(3) Hakem hey'eti, anlaşmazlık hakkında, bu Anlaşmanın ruhuna ve prensiplerine göre karar verir. Hakem hey'etinin kararları, kesin ve tarafları bağlayıcıdır.

BÖLÜM V**GEÇİCİ VE SON HÜKÜMLER****Madde 41**

44 ncu maddenin 2 nci fıkrası hükümlerine haleldar edilmemek üzere, bu Anlaşmaya istinaden

- yürürlük tarihinden önce meydana gelen sigorta vak'alarına ilişkin yardımlar da yapılabilmektedir;
- yardımların tespitinde, yürürlük tarihinden önce geçmiş bulunan sigortalılık süreleri de nazara alınacaktır.
- Her iki akit taraf mevzuatlarının, süresi içerisinde yapılan talepte, belirli yardımların, geriye dönük olarak yapılmasını öngörmemiş

olması halinde, yürürlüğe girmesinden önceki süreler için bir ödeme yapılması talebinde bulunulamaz.

Madde 42

Bir kimsenin, poliük, dini veya irki nedenlerle sosyal sigorta hakları bakımından bir zarara uğramış olması halinde, Avusturya mevzuatına göre müstahak olduğu hakları, bu Anlaşma ile haleldar olmaz.

Madde 43

(1) Bu Anlaşma onaylanacaktır. Onay belgeleri, mümkün olan en kısa zamanda Ankara'da teati edilecektir.

(2) Bu Anlaşma, onay belgelerinin teati edildiği tarihi takip eden üçüncü ayın birinci günü yürürlüğe girer.

(3) Bu Anlaşma, süresiz olarak yürürlükte kalır. Akit taraflardan her biri, bu Anlaşmayı, üç ay önce, yazılı olarak, diplomatik yoldan ihbarda bulunmak şartıyla, feshedebilir.

(4) Fesih edilmesi halinde, Anlaşmanın, önceden kazanılmış haklara ilişkin hükümleri, ilgili sistemlerin, sigortalının dış ülkede ikametü halinde öngördüğü kusdayıcı hükümler nazara alınmaksızın, geçerli olmaktı devam eder.

Madde 44

(1) Bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesi ile, 6 Ağustos 1974 tarihli Ek Anlaşma ve 30 Kasım 1979 tarihli İkinci Ek Anlaşma metnindeki 12 Ekim 1966 tarihli Avusturya-Türkiye Sosyal Güvenlik Anlaşması yürürlükten kalkar.

(2) Bu Anlaşma, 1 nci fıkraya hükmü haleldar olmamak üzere, yürürlük tarihinden önce kazanılmış olan hakları kaldırmaz.

Her iki akit taraf yetkilileri bu Anlaşmayı imzalamışlardır.

Bu Anlaşma, 2 Aralık 1982 tarihinde Viyana'da Almanca ve Türkçe olmak üzere iki orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup her iki metin de aynı derecede geçerlidir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:

WILLIBALD P. PAHR

Türkiye Cumhuriyeti adına:

ECMEL BARUTÇU

NİHAİ PROTOKOL AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA SOSYAL GÜVENLİK ANLAŞMASI HAKKINDA

Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Sosyal Güvenlik anlaşması ile ilgili olarak, her iki akit taraf yetkilileri, aşağıdaki hususlarda mutabakata varılmış olduğunu beyan ederler:

1. Anlaşmanın 2 nci Maddesi hakkında:

- 1 nci fıkranın 1 nci bendi, Noterlik Sigortası hakkındaki Avusturya mevzuatı ile ilgili değildir.
- 3 ncü fıkra, bir sigorta sorumluluğunun yüklenilmesine ilişkin düzenlemeleri içermekte olmaktan kaydıyla, her iki akit devlet tarafından imzalanan Anlaşmalar için geçerli değildir.

2. Anlaşmanın 4 ncü maddesi hakkında:

- Harpte geçen hizmet süreleri ile buna muadil sürelerin nazara alınmasına ilişkin Avusturya mevzuatı, geçerliliğini korur.
- Her iki akit tarafın, sigortalıların ve işverenlerin, mercilere ve deneklere ve keza sosyal güvenlik konusundaki kararlara kaulmalanna ilişkin mevzuatları, geçerliliğini korur.
- Her iki akit tarafın, akit taraflardan birinin, üçüncü bir devlet ülkesindeki resmi temsilciliğinde veya böyle bir temsilciliğin üyeleri yanında çalışan kimselerin sigortalılığına ilişkin mevzuatları, geçerliliğini korur.
- Her iki akit devlet tarafından imzalanan Anlaşmalardaki, bir sigortalılık sorumluluğunun yüklenilmesini içeren düzenlemeler, geçerliliğini korur.
- Yabancı ülkedeki çalışmalara müstenid olarak emekli sigortasından ve kaza sigortasından doğan yardım talep hakları ile istihkaklar konusundaki 22 Kasım 1961 tarihli Avusturya Federal Yasası hükümleri ile bir zamanlar Avusturya dışındaki kurulmuş bulunan Avusturya-Macaristan Krallığı ülkesinde kendi hesabına olarak yapılan işlerde geçen sürelerin nazara alınması hakkındaki mevzuat geçerliliğini korur.

3. Anlaşmanın 5 nci maddesi hakkında:

Bu madde hükümleri, Avusturya mevzuatına göre öngörülen aylıklardan ayarlama zammı için geçerli değildir.

4. Anlaşmanın 8 nci maddesi hakkında:

Bu madde hükümleri, her iki akit devletin ticari delegeleri ile bunların mesai arkadaşları için de geçerlidir.

5. Anlaşmanın 12 nci maddesi hakkında:

1 nci fıkra hükmü, tedavinin serbest hekimler, diş hekimleri ve dişçiler tarafından yapılmış olması hallerinde, sadece, aşağıdaki kimseler için geçerlidir:

- işlerinin yapılması için Avusturya'da bulunan kimseler ile bunlara eşlik eden aile fertleri;
- Avusturya'da ikamet eden aile fertlerini ziyaret eden kimseler;
- başka nedenlerle Avusturya'da oturan ve ikamet ettikleri yer için yetkili olan bölge hastalık sandığı nam ve hesabına olarak ayakta tedavi edilen kimseler.

6. Anlaşmanın 16 ncü maddesi hakkında:

14 ncü maddenin 1 nci fıkrasının ikinci cümlesi gereğince Avusturya emekli sigortasından haksahiplerine yapılan masraflara ilişkin tazminat, aylık sahiplerinin hastalık sigortası için Avusturya mercileri genel birliğine yatırılan sigorta primlerinden ödenir.

7. Sözleşmenin 18 nci maddesi hakkında:

sigortalılık sürelerinin hangi ölçülerde ve ne şekilde nazara alınacağı hususu, bu sigortalılık sürelerinin geçtiği akit taraf mevzuatına göre ve Avusturya emekli sigortasındaki bir sigortalılık ayı Türk emekli sigortasındaki 30 prim ödeme günü olarak tespit edilir.

8. Sözleşmenin 19 ncü maddesi hakkında:

1 nci fıkranın b ve c bendleri ile 2 nci fıkranın uygulanmasında; Avusturya mevzuatına göre nazara alınacak olan bir sigortalılık ayı, Türk mevzuatına göre geçen 30 prim ödeme günü ve bunun tersi, olarak kabul edilir.

9. Anlaşmanın III ncü Bölümünün 4 ncü kısmı hakkında:

Aile yardımları bakımından, 4 ncü madde hükmü, sadece, 26 ilâ 31 nci madde esaslarına göre uygulanır.

10. Anlaşmanın 26 ve 27 nci maddeleri hakkında:

a) Aile yardımı talep etme hakkı, sadece, yapılan işin, yabancı işçilerin çalıştırılma-

sı hakkındaki mevcut hükümlere aykırı düşmemesi halinde, sözkonusudur.

- b) Avusturya mevzuatına göre aile yardımı talep etme hakkı, sadece, Avusturya'daki için, en az bir takvim ayı sürmesi halinde, söz konusudur; bu süre hakkında 28 nci maddeye göre hesaba dahil edilen süreler nazara alınmaz.
- c) Avusturya mevzuatına göre, önemli derecedeki sakat çocuklar için arınmış aile yardımı talep etme hakkı, sadece, sürekli olarak Avusturya'da oturan çocuklar için sözkonusudur.

Bu Nihai Protokol, Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasındaki Sosyal Güvenlik Anlaşmasının bir parçasıdır. Bu Protokol, Anlaşma ile aynı günde yürürlüğe girer ve Anlaşma süresince yürürlükte kalır.

Her iki akit devlet yetkilileri bu Nihai Protokolü imzalamışlardır.

Bu Nihai Protokol, 2 Aralık 1982 tarihinde Viyana'da Almanca ve Türkçe olmak üzere iki orijinal metin halinde düzenlenmiş olup, her iki metin de aynı derecede geçerlidir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:

WILLIBALD P. PAHR

Türkiye Cumhuriyeti adına:

ECMEL BARUTÇU

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Republic of Turkey,

Desiring to foster relations between their two States in the matter of social security and to harmonize them with developments in the law, and

In recognition of the principle of equal treatment of nationals of both States in the application of national legislation on social security and the maintenance of acquired entitlements and entitlements in course of acquisition,

Have agreed to conclude the following Convention, which is to supersede the Convention on Social Security of 12 October 1966,² as amended by the Additional Agreement of 6 August 1974² and by the Second Additional Agreement of 30 November 1979:²

PART I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

(1) For the purposes of this Convention:

1. "Austria" means the Republic of Austria, and "Turkey" means the Republic of Turkey;

2. "Legislation" means the laws, regulations, statutory instruments and other legislative acts that relate to the branches of social security listed in article 2 (1) and are in force in the territory, or in part of the territory, of one Contracting State;

3. "Competent public authority" means, in the case of Austria, the Federal Minister of Social Administration (but the Federal Minister of Finance with regard to family allowances); in the case of Turkey, the Ministers entrusted with the implementation of the legislation specified in article 2 (1);

4. "Insurance authority" means the institute or authority responsible for the implementation of the legislation, or of part of the legislation, specified in article 2 (1);

5. "Competent insurance authority" means the insurance authority with which the person concerned is insured at the time of the benefit application, or from which that person is entitled to claim benefits or would still be so entitled if he were resident in the territory of the Contracting State in which he was last insured;

6. "Family member" means a family member under the legislation of the Contracting State in which the insurance authority to whose charge the benefits are to be granted is situated;

¹ Came into force on 1 April 1985, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Ankara on 11 January 1985, in accordance with article 43 (2).

² See p. 181 of this volume.

7. “Periods of coverage” means contribution periods or equivalent periods that are regarded as such under the legislation of both Contracting States;

8. “Cash benefit”, “pension” or “annuity” means a cash benefit, pension or annuity, including any portions thereof payable out of public funds, any supplements, adjustment amounts or additional allowances payable therewith, lump-sum settlements, and payments effected by way of reimbursement of contributions;

9. “Family allowances” means the family allowance provided under Austrian legislation and similar allowances provided under Turkish legislation.

(2) Other terms used in this Convention shall have the meanings assigned to them under the relevant legislation.

Article 2

(1) This Convention shall apply:

1. In Austria, to the legislation concerning:

- (a) Sickness insurance,
- (b) Accident insurance,
- (c) Pension insurance,
- (d) Family allowance;

2. In Turkey, to the legislation concerning:

- (a) Sickness insurance,
- (b) Maternity insurance,
- (c) Industrial accident and occupational disease insurance,
- (d) Invalidity, old-age and surviving dependants' insurance,
- (e) The pension fund for civil servants and employees of the State.

(2) This Convention shall also apply to all legislation that consolidates, amends or supplements the legislation specified in paragraph (1).

(3) Legislation arising out of agreements with third States shall not be taken into consideration in the application of this Convention.

Article 3

(1) This Convention shall apply to nationals of the Contracting States and to their family members and surviving dependants.

(2) This Convention shall further apply:

(a) To refugees, within the meaning of the Convention of 28 July 1951¹ relating to the status of refugees and the Protocol thereto of 31 January 1967², who are ordinarily resident in the territory of one Contracting State;

(b) To stateless persons, within the meaning of the Convention of 28 September 1954³ relating to the status of stateless persons, who are ordinarily resident in the territory of one Contracting State.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

³ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

Article 4

For the purposes of the application of the legislation of one Contracting State, the following shall be treated as nationals of that State:

- (a) Nationals of the other Contracting State;
- (b) Refugees, within the meaning of the Convention of 28 July 1951 relating to the status of refugees and the Protocol thereto of 31 January 1967, who are ordinarily resident in the territory of one Contracting State;
- (c) Stateless persons, within the meaning of the Convention of 28 September 1954 relating to the status of stateless persons, who are ordinarily resident in the territory of one Contracting State.

Article 5

(1) Except as otherwise provided in this Convention, pensions, annuities and other cash benefits due under the legislation of one Contracting State shall also be payable in the event of the claimant's residence in the territory of the other Contracting State.

(2) Pensions, annuities and other cash benefits under the social security system of one Contracting State shall be paid to nationals of the other Contracting State residing in the territory of a third State on the same conditions and to the same extent as if they were nationals of the first-mentioned Contracting State residing in the territory of that third State.

PART II

LEGISLATION APPLICABLE

Article 6

Except as otherwise provided in articles 7 and 8, employed persons shall be subject to the legislation of the Contracting State in whose territory they are employed. This shall apply in the case of employees even if their residence or the principal place of business of their employer is situated in the territory of the other Contracting State.

Article 7

(1) If employed persons resident in the territory of one Contracting State are sent to the territory of the other Contracting State by an employer who ordinarily employs them in the territory of the first-mentioned Contracting State, they shall be subject to the legislation of the first-mentioned Contracting State up to the end of the twenty-fourth calendar month of their employment in the territory of the other Contracting State as if they were still employed in the territory of the first-mentioned Contracting State.

(2) If persons employed by an airline having its principal place of business in the territory of one Contracting State are sent from the territory of that State to the territory of the other Contracting State, the legislation of the first-mentioned Contracting State shall continue to apply as if they were still employed in the territory of that State.

(3) The crew of an ocean-going vessel and other persons employed, temporarily or otherwise, on board an ocean-going vessel shall be subject to the legislation of the Contracting State whose flag is flown by the vessel.

Article 8

Diplomatic agents, permanent consuls, administrative and technical personnel of diplomatic missions or permanent consular posts, including their official domestic staff, and private domestic employees in the sole employ of diplomatic agents, permanent consuls or members of permanent consular posts shall be subject to the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations¹ or the Vienna Convention on Consular Relations.²

Article 9

At the joint request of the employed person and employer or at the request of other persons engaged in employment, the competent public authority of the Contracting State whose legislation would be applicable under articles 6 to 8 may grant exemption from the effects of such legislation if the person concerned becomes subject to the legislation of the other Contracting State. The nature and circumstances of the employment shall be taken into account in that decision. Before the decision is taken, the competent public authority of the other Contracting State shall be given an opportunity to express its opinion. If the employed person is not employed in the territory of the other Contracting State, he shall be deemed to be employed in that territory.

PART III

SPECIAL PROVISIONS

Chapter 1

Sickness, maternity and death (death benefit)

Article 10

If a person has acquired periods of coverage under the legislation of both Contracting States, such periods shall, in so far as they do not overlap, be aggregated for the purpose of establishing eligibility for benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits.

Article 11

(1) If an employed person transfers his residence to the territory of the other Contracting State, he and his family members resident in that territory shall be eligible for the benefits provided for in the legislation of the other Contracting State, subject to the following conditions:

(a) He was fit for work at the time of his last entry into the territory of the other Contracting State;

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 500, p. 95.

² *Ibid.*, vol. 596, p. 261.

(b) He was covered under a compulsory insurance scheme subsequent to his last entry into that territory;

(c) He satisfies the requirements laid down in the legislation of that Contracting State, taking into account the aggregation of periods as provided for in article 10.

(2) If, in the cases referred to in paragraph (1), the employed person does not fulfil the conditions specified in subparagraphs (a), (b) or (c) and the insured event arises within the period stipulated in the legislation of the Contracting State in whose territory he was last insured prior to his change of residence, he shall be eligible for benefits under the aforesaid legislation. The provisions of article 12 (3) to (6) shall apply *mutatis mutandis*.

Article 12

(1) If a person is insured with an insurance authority of one Contracting State, he shall receive benefits in the event of any temporary stay in the territory of the other Contracting State if his condition necessitates immediate medical attention, including hospital care.

(2) If a person is entitled to claim on an insurance authority of one Contracting State, he shall continue to be so entitled if he returns to the territory of the other Contracting State, in which he is ordinarily resident, or if he transfers his place of residence to the territory of the other Contracting State. The consent of the competent insurance authority must be obtained prior to the return or change of residence. Consent may be withheld solely on the grounds of his state of health, and may be given subsequently if the eligibility conditions are fulfilled and the consent could not, for reasonable cause, be obtained in advance. In the case of maternity benefits, consent may be given before the insured event arises.

(3) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), benefits in kind shall be provided by the insurance authority of the place of stay or residence in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject.

(4) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), the provision of prostheses, major appliances or other costly benefits in kind shall be conditional upon the consent of the competent insurance authority. This shall not apply in cases of dire emergency. A dire emergency shall be deemed to exist if the provision of benefits cannot be delayed without seriously jeopardizing the life or health of the person concerned.

(5) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), cash benefits shall be granted in accordance with the legislation to which the competent insurance authority is subject. The cost of such benefits may be met by an insurance authority of the other Contracting State, at the request of the competent insurance authority.

(6) Paragraphs (1) to (5) shall apply *mutatis mutandis* to family members.

Article 13

(1) Family members of an insured person who is insured with an insurance authority of one Contracting State shall, if they are resident in the territory of the other Contracting State, receive benefits in kind as if the insured person were insured with the insurance authority of their place of residence. The benefit provi-

sion shall be determined by the legislation to which that insurance authority is subject.

(2) If the family members transfer their place of residence to the territory of the Contracting State in which the competent insurance authority is situated, they shall receive benefits in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject. This shall apply even if in respect of the same case of sickness or maternity the family members have already received benefits from an insurance authority of the Contracting State in whose territory they were resident prior to their change of residence. If under the legislation of one Contracting State the benefit provision is subject to a maximum duration, the period for which benefits in respect of the same case of sickness or maternity have been granted under the legislation of the other Contracting State shall be counted towards that maximum duration by the competent insurance authority.

(3) If a person is deemed to be a family member under the legislation of both Contracting States, the benefits shall be granted only once. The insurance authority of the Contracting State in whose territory the family member is resident shall be liable to pay the benefits.

Article 14

(1) Persons qualifying for a pension under the pension insurance of both Contracting States shall be subject to the legislation concerning health insurance for pensioners of the Contracting State in whose territory the persons qualifying for a pension are ordinarily resident. In any such cases where a pension is granted under the legislation of the other Contracting State only, such pension shall be deemed to be a pension under the legislation of the first-mentioned Contracting State.

(2) Paragraph (1) shall apply *mutatis mutandis* to persons applying for a pension.

Article 15

Benefits in kind to which entitlement arises under articles 11 to 14 shall be provided:

In Austria: By the local health insurance fund for wage-earners and salaried employees that is competent for the place of residence or stay of the person concerned;

In Turkey: By the Social Security Institute.

Article 16

(1) Amounts disbursed under the provisions of article 11 (2), article 12 (1), (2) and (6), article 13 (1) and the second sentence of article 14 (1), with the exception of administrative costs, shall be refunded by the competent insurance authority to the insurance authority of the place of residence or stay; this shall not apply in the event of a temporary stay in the Contracting State in which the insurance authority liable for the payment of pensions is situated.

(2) The competent public authorities may, with a view to simplifying administrative formalities, agree that, in all cases or for certain categories of cases, the

amounts disbursed shall be refunded in lump sums rather than as individual payments.

Article 17

(1) Should a person who is subject to the legislation of one Contracting State, or a person qualifying for a pension, or a family member die in the territory of the other Contracting State, the death shall be deemed to have occurred in the territory of the first-mentioned Contracting State.

(2) The death benefit shall be to the charge of the competent insurance authority, even if the beneficiary is resident in the territory of the other Contracting State.

Chapter 2

Old age, invalidity and death (pensions)

Article 18

If a person has acquired periods of coverage under the legislation of both Contracting States, such periods shall, in so far as they do not overlap, be aggregated for the purpose of establishing eligibility for benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits.

Article 19

(1) If a claim for a benefit is filed by a person who has acquired periods of coverage under the legislation of both Contracting States or by his surviving dependants, the benefit shall be determined by the competent insurance authority in the following manner:

(a) The insurance authority shall determine, in accordance with the legislation applicable by it, whether through the aggregation of the periods of coverage the person concerned is entitled to the benefit;

(b) If entitlement to a benefit exists, the insurance authority shall first calculate the theoretical amount of the benefit that would be due if all the periods of coverage acquired under the legislation of both Contracting States had been acquired solely under the legislation to which that insurance authority is subject. If the amount of the benefit is not conditional upon the duration of the insurance, that amount shall be deemed to be the theoretical amount;

(c) The insurance authority shall then calculate the partial benefit payable, on the basis of the amount computed in accordance with subparagraph (b), according to the ratio that the duration of the periods of coverage to be taken into account under the legislation to which that insurance authority is subject bears to the total duration of the periods of coverage to be taken into account under the legislation of both Contracting States.

(2) Should the periods of coverage to be taken into account under the legislation of one Contracting State for the calculation of the benefit not amount in all to twelve months and if under that legislation the entitlement to benefits does not exist solely by reason of those periods, no benefit shall be granted under such legislation; in that event, the insurance authority of the other Contracting State shall,

for the purpose of establishing eligibility for a benefit or the maintenance or recovery of entitlement to a benefit and also the amount thereof, take the aforementioned periods into account as if they were periods acquired under the legislation to which that insurance authority is subject.

Article 20

In applying articles 18 and 19, the competent Austrian insurance authorities shall observe the following rules:

1. For the purpose of determining the competent insurance authority, only Austrian periods of coverage shall be taken into account.

2. The provisions of articles 18 and 19 shall not apply in respect of the eligibility requirements for and payment of the miners' long-service allowance under the Austrian miners' pension insurance scheme.

3. In the implementation of article 19 (1), the following provisions shall apply:

(a) Turkish periods of coverage shall be taken into account without the application of Austrian legislation concerning the creditability of periods of coverage;

(b) Periods during which an insured person was eligible for a pension by reason of the insured events of old age or invalidity under Turkish legislation shall also be deemed to be neutral periods;

(c) The basis of assessment shall be determined solely by applying the Austrian periods of coverage;

(d) No account shall be taken of contributions under the supplementary insurance scheme, or of the miners' benefit supplement, the disabled persons' supplementary allowance or the compensatory allowance.

4. In the implementation of article 19 (1) (b) and (c), overlapping periods of coverage shall be taken into account to the extent of their actual duration.

5. If, in the implementation of article 19 (1) (c), the total duration of the periods of coverage to be taken into account under the legislation of both Contracting States exceeds the maximum fixed for the computation of pension increments under Austrian legislation, the partial benefit payable shall be calculated according to the ratio that the duration of the periods of coverage to be taken into account under Austrian legislation bears to the aforementioned maximum number of months of coverage.

6. The calculation of the disabled persons' supplementary allowance shall be effected in accordance with article 19 (1) (b) and (c); article 23 shall apply *mutatis mutandis*.

7. The amount computed in accordance with article 19 (1) (c) shall, where applicable, be increased by increments in respect of contributions under the supplementary insurance scheme, of the miners' benefit supplement, of the disabled persons' supplementary allowance and of the compensatory allowance.

8. If, in accordance with Austrian legislation, the granting of benefits under the miners' pension insurance scheme is conditional upon the completion of periods of coverage in essentially mining occupations, within the meaning of the Austrian legislation, at specific enterprises, only such of the Turkish periods of coverage as

were based on employment in a similar occupation at a similar enterprise shall be taken into account.

9. Special payments under the Austrian pension insurance scheme shall be due in the amount of the Austrian partial benefit; article 23 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 21

In applying articles 18 and 19, the competent Turkish insurance authorities shall observe the following rules:

1. The competent insurance authority shall be the institute or fund to which the insured person last paid contributions in Turkey.
2. If, prior to joining an insurance scheme in Turkey, a person becomes subject to Austrian legislation concerning pension insurance, the commencement of the insurance coverage in Austria shall, for the purpose of implementing the Turkish legislation, be regarded as the time of first entry into the insurance scheme.
3. In the implementation of article 19 (1), only the periods of coverage completed under Turkish legislation and the income on which those periods of coverage were based shall be taken into account for the purpose of establishing the bases of assessment.
4. In the implementation of article 19 (1) (b) and (c), overlapping periods of coverage shall be taken into account to the extent of their actual duration.
5. If, in accordance with Turkish legislation, the determination of entitlement to benefits is conditional upon the completion of periods of coverage in underground or alternate shift work in the mining industry, only such of the Austrian periods of coverage as were based on a corresponding occupation shall be taken into account.
6. The special payments to be granted under Turkish legislation shall be calculated in accordance with article 19 (1) (b) and (c).

Article 22

(1) Where entitlement to a benefit exists under the legislation of one Contracting State without the application of article 18, the insurance authority of that Contracting State shall grant the benefit due solely on the basis of the periods of coverage to be taken into account under the legislation to which that insurance authority is subject, as long as a corresponding entitlement to a benefit does not arise under the legislation of the other Contracting State.

(2) A benefit determined in accordance with paragraph (1) shall be recalculated in accordance with article 19 if a corresponding entitlement to a benefit is acquired under the legislation of the other Contracting State. The recalculation shall be undertaken with effect from the commencement date of the benefit provision under the legislation of that Contracting State. The binding force of previous decisions shall not preclude such recalculation.

Article 23

Where a person is entitled to a benefit under the legislation of one Contracting State without the application of article 18, and if that benefit is higher than the sum

of the benefits computed in accordance with article 19 (1) (c), the insurance authority of that Contracting State shall pay the benefit so calculated by it, as a partial benefit, plus the difference between the aforementioned sum and the benefit that would be due solely under the legislation applicable by that insurance authority.

Chapter 3

Industrial accidents and occupational diseases

Article 24

(1) A person who is eligible for benefits in kind under the legislation of one Contracting State by reason of an industrial accident or occupational disease shall, in the event of his residence in the territory of the other Contracting State, receive benefits in kind, to the charge of the competent insurance authority, from the insurance authority of his place of residence, in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject. Article 12 (4) shall apply *mutatis mutandis*.

(2) The benefits in kind as provided for in paragraph (1) shall be granted:

In Austria: By the local health insurance fund for wage-earners and salaried employees that is competent for the place of residence of the person concerned;

In Turkey: By the Social Security Institute.

(3) With regard to the refunding of amounts disbursed in accordance with paragraph (1), article 16 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 25

Where compensation is payable in respect of an occupational disease under the legislation of both Contracting States, benefits shall be granted solely under the legislation of the Contracting State in whose territory an occupation of a type capable of giving rise to such disease was last pursued.

Chapter 4

Family allowances

Article 26

(1) A person who works as an employed person in one Contracting State shall be eligible under the legislation of that Contracting State for family allowances, this eligibility extending also to children who are permanently resident in the other Contracting State.

(2) For the purposes of entitlement to family allowances, employed persons shall be treated as if they were resident solely in the Contracting State in which they are employed.

Article 27

Family allowance granted under Austrian legislation in respect of children who are permanently resident in Turkey shall be 682 schillings per month for each child. This amount shall be increased or reduced by the same percentage by which family

allowance for a child in Austria is increased or reduced after 1 January 1982; no account shall be taken of the old-age supplement to family allowance.

Article 28

(1) If, under the legislation of one Contracting State, eligibility for family allowances is subject to certain qualifying periods, any similar periods completed in the other Contracting State shall be credited.

(2) Employed persons who receive cash benefits under the legislation concerning sickness or unemployment insurance of one Contracting State shall, with regard to entitlement to family allowances, be treated as if they were employed in the Contracting State under whose legislation they receive such cash benefits.

Article 29

If, by virtue of this Convention, a person in the course of one calendar month satisfies the eligibility requirements under the legislation first of one and then of the other Contracting State in respect of any child, family allowances for that month shall be granted only by the Contracting State under whose legislation they were payable at the commencement of the month.

Article 30

If, by virtue of this Convention, the eligibility requirements for family allowances under the legislation of both Contracting States in respect of any child are satisfied in both Contracting States, the family allowances for such child shall be granted solely under the legislation of the Contracting State in which the child is permanently resident.

Article 31

Children within the meaning of this Chapter are persons in respect of whom family allowances are provided for under the legislation applicable.

PART IV

MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 32

(1) The competent public authorities shall regulate in the form of an agreement the administrative measures required for the implementation of this Convention. Such agreement may be concluded prior to the entry into force of this Convention but shall enter into force at the earliest at the same time as the Convention.

(2) The competent public authorities shall inform each other of:

(a) All measures taken for the implementation of this Convention;

(b) All changes in their legislation that affect the implementation of this Convention.

(3) The insurance and public authorities of both Contracting States shall assist each other in the implementation of the legislation specified in article 2 (1) and

of this Convention as if they were applying their own legislation. Such assistance shall be free of charge. The competent public authorities of both Contracting States may, however, agree upon the reimbursement of specific costs.

(4) For the purposes of the application of this Convention, the insurance and public authorities of the Contracting States may communicate directly with one another and with the persons concerned or their authorized representatives.

(5) An application or other document submitted to the insurance or public authorities or courts of one Contracting State may not be rejected by them for the reason that it is drawn up in the official language of the other Contracting State.

(6) Medical examinations conducted in the implementation of the legislation of one Contracting State and involving persons resident in the territory of the other Contracting State shall, upon the request of the competent agency and at its expense, be arranged by the insurance authority of the place of residence.

Article 33

The competent public authorities shall establish liaison offices for the purpose of facilitating the administration of this Convention, in particular with a view to creating a simple and expeditious system of communication between the insurance authorities involved on both sides.

Article 34

(1) Any partial or total exemption from taxes, stamp duty or court or registration fees provided for in the regulations of one Contracting State in respect of certificates or documents to be submitted in compliance with the legislation of that Contracting State shall also apply to the corresponding certificates and documents to be submitted in the implementation of this Convention or in compliance with the legislation of the other Contracting State.

(2) Certificates and documents of any kind that are to be submitted in the implementation of this Convention shall not require authentication.

Article 35

(1) Applications, notices or appeals that, in the implementation of this Convention or in compliance with the legislation of one Contracting State, are filed with a public or insurance authority or other competent agency of one Contracting State shall be regarded as applications, notices or appeals filed with a public or insurance authority or other competent agency of the other Contracting State.

(2) An application submitted under the legislation of one Contracting State for a benefit shall be deemed also to be an application under the legislation of the other Contracting State for a corresponding benefit to which entitlement exists by virtue of this Convention; this stipulation shall not apply if the applicant expressly requests that the computation of an old-age benefit to which entitlement has been acquired under the legislation of one Contracting State be deferred.

(3) Any applications, notices or appeals that, in compliance with the legislation of one Contracting State, have to be filed with a public or insurance authority or other competent agency of that Contracting State within a prescribed period may

be submitted within the same period to the corresponding agency of the other Contracting State.

(4) In the cases referred to in paragraphs (1) to (3), the agency claimed on shall forward such applications, notices or appeals without delay to the corresponding competent agency of the other Contracting State.

Article 36

(1) Where insurance authorities of one Contracting State are required under this Convention to effect payments to claimants resident in the territory of the other Contracting State, they may validly discharge their payment obligations in the currency of the first-mentioned Contracting State; should they be required to effect payments to insurance authorities situated in the territory of the other Contracting State, such payments shall be made in the currency of that Contracting State.

(2) The transfer of amounts due in the implementation of this Convention shall be carried out in accordance with the payment agreements that are in force between the Contracting States at the time of the transfer.

Article 37

(1) Contributions payable to an insurance authority of one Contracting State may be collected in the territory of the other Contracting State in accordance with the administrative procedure applying to the collection of contributions payable to the corresponding insurance authorities of that Contracting State.

(2) Statements of outstanding amounts recoverable in respect of family allowance drawn in error and repayable under the terms of the legislation applicable in accordance with article 2 shall be honoured in Turkey, and the amounts shown on such statements shall be collected in accordance with the administrative procedure applying to the collection of contributions payable to the Turkish insurance authority.

Article 38

(1) If an insurance authority of one Contracting State has made an advance payment in respect of a benefit, the insurance authority of the other Contracting State shall, at the request and on behalf of the first-mentioned insurance authority, withhold the subsequent payment of a corresponding benefit to which entitlement exists under the legislation of the other Contracting State and which relates to the same period. If the insurance authority of one Contracting State has paid a benefit for an amount higher than that due in respect of a period for which the insurance authority of the other Contracting State subsequently has to provide a corresponding benefit, the overpaid amount of the benefit shall, up to the amount subsequently payable, be regarded as an advance payment within the meaning of the first sentence.

(2) If a welfare benefit or a provisional benefit under unemployment insurance has been granted to a claimant in one Contracting State during a period for which the claimant is entitled to cash benefits, the insurance authority liable or the paying office shall, at the request and for account of the agency concerned, withhold the subsequent payments relating to the same period up to the amount of the paid

benefits as if they were benefits under the legislation of the Contracting State in whose territory the requesting agency is situated.

Article 39

(1) If a person who is to receive benefits under the legislation of one Contracting State in respect of a loss sustained in the territory of the other Contracting State is entitled, in accordance with the regulations of that State, to claim damages for such loss from a third party, the insurance authority of the first-mentioned Contracting State shall be subrogated in respect of the claim for damages in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject.

(2) If claims for damages in respect of similar benefits arising out of the same loss occurrence are due both to an insurance authority in the territory of one Contracting State and to an insurance authority in the territory of the other Contracting State, the third party may validly discharge the claims the rights to which have been subrogated to both insurance authorities in accordance with paragraph (1) by making payment to either insurance authority. The insurance authorities shall make the necessary internal arrangements to divide the payment between them in proportion to the benefits payable by each of them.

Article 40

(1) Any disagreement between the two Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall be made the subject of direct negotiations between the competent public authorities of both Contracting States.

(2) If the disagreement cannot be settled in this manner within six months from the commencement of the negotiations, it shall, at the request of either or both of the Contracting States, be referred to an arbitral body whose composition shall be determined by agreement between the two Contracting States. The procedure to be adopted shall be fixed in like manner.

(3) The arbitral body shall resolve the matter in dispute according to the principles and spirit of this Convention. Its decisions shall be final and binding.

PART V

TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 41

By virtue of this Convention and without prejudice to the provisions of article 44 (2),

(a) Benefits shall be granted also in respect of insured events arising prior to the entry into force of this Convention;

(b) Periods of coverage completed prior to the entry into force of this Convention shall also be taken into account in the calculation of benefits;

(c) No claim for the payment of benefits in respect of periods prior to the entry into force of this Convention shall be admissible unless the legislation of the Con-

tracting States provides for the retroactive accrual of specific benefits in the case of an application filed in due time.

Article 42

Any existing rights under Austrian legislation of any person who has been disadvantaged in the field of social security for political or religious reasons or by reason of his ethnic origin shall not be affected by this Convention.

Article 43

(1) This Convention shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Ankara.

(2) This Convention shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) This Convention is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it subject to giving three months' notice in writing through the diplomatic channels.

(4) In the event of denunciation, the provisions of this Convention shall continue to apply in respect of acquired entitlements, irrespective of any restrictive provisions laid down in the relevant schemes in the case of an insured person's residence abroad.

Article 44

(1) Upon the entry into force of this Convention, the Convention of 12 October 1966 between the Republic of Austria and the Republic of Turkey on Social Security, as amended by the Additional Agreement of 6 August 1974 and by the Second Additional Agreement of 30 November 1979, shall cease to be in force.

(2) Without prejudice to paragraph (1), this Convention shall not affect entitlements acquired prior to its entry into force.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries of both Contracting States have signed this Convention.

DONE at Vienna, on 2 December 1982, in two original copies in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

WILLIBALD P. PAHR

For the Republic of Turkey:

ECMEL BARUTÇU

FINAL PROTOCOL TO THE CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY

At the time of signing the Convention on Social Security, concluded this day between the Republic of Austria and the Republic of Turkey, the plenipotentiaries of the two Contracting States declare that agreement has been reached on the following provisions:

1. *Ad article 2 of the Convention:*

(a) Item 1 of paragraph (1) shall not refer to Austrian legislation concerning insurance for notaries.

(b) Paragraph (3) shall not apply to agreements concluded by the two Contracting States in so far as regulations are laid down therein in respect of the taking over of insurance burdens.

2. *Ad article 4 of the Convention:*

(a) Austrian legislation concerning the crediting of periods of war service and periods that are treated as such shall not be affected.

(b) The legislation of both Contracting States concerning the participation of insured persons and employers in the organs of insurance authorities and associations or in social security jurisdiction shall not be affected.

(c) The legislation of both Contracting States concerning the insurance of persons employed by an official mission of either Contracting State in third States or by members of any such mission shall not be affected.

(d) Regulations contained in agreements concluded by both Contracting States concerning the taking over of insurance burdens shall not be affected.

(e) The stipulations of the Austrian federal law of 22 November 1961 concerning eligibility for benefits and entitlements in course of acquisition under the pension and accident insurance schemes by virtue of occupations abroad and the legislation concerning the crediting of periods of self-employment completed outside Austria but within the territory of the former Austro-Hungarian monarchy shall not be affected.

3. *Ad article 5 of the Convention:*

These provisions shall not apply to the compensatory allowance under Austrian legislation.

4. *Ad article 8 of the Convention:*

The provisions of this article shall apply *mutatis mutandis* to the trade commission representatives of both Contracting States and to their assistants.

5. *Ad article 12 of the Convention:*

The provisions of paragraph (1) shall, with regard to treatment by medical doctors, dental surgeons and dentists, apply in Austria in respect of the following persons only:

(a) Persons staying in Austria for the pursuit of their occupation and family members accompanying them;

(b) Persons visiting their family if the latter is ordinarily resident in Austria;

(c) Persons staying in Austria for other reasons, if out-patient treatment has been provided to them for account of the local health insurance fund for wage-earners and salaried employees that is competent for their place of stay.

6. *Ad article 16 of the Convention:*

Amounts disbursed in respect of claimants under the Austrian pension insurance scheme pursuant to the second sentence of article 14 (1) shall be refunded from the contributions received in respect of health insurance for pensioners by the Federation of Austrian Social Security Institutions.

7. *Ad article 18 of the Convention:*

The extent to which and manner in which periods of coverage are to be taken into account shall be determined by the legislation of the Contracting State under whose insurance those periods were completed, with the proviso that one month of coverage under the Austrian pension insurance scheme shall be regarded as representing thirty contribution days under the Turkish annuity/pension insurance scheme.

8. *Ad article 19 of the Convention:*

For the purpose of applying paragraph (1) (b) and (c) and paragraph (2), thirty contribution days completed under Turkish legislation shall be regarded as representing one month of coverage to be taken into account under Austrian legislation and vice versa.

9. *Ad Part III, Chapter 4, of the Convention:*

With regard to family allowances, article 4 shall apply solely in accordance with the provisions of articles 26 to 31.

10. *Ad articles 26 and 27 of the Convention:*

(a) Entitlement to family allowance shall exist only if the occupation is not in breach of the existing regulations concerning the employment of foreign workers.

(b) Entitlement to family allowance under Austrian legislation shall exist only if the employment in Austria extends over a period of at least one calendar month; with regard to this qualifying period, there shall be no crediting of similar periods in accordance with article 28.

(c) Entitlement to the increased family allowance in respect of severely disabled children under Austrian legislation shall exist only in respect of children who are permanently resident in Austria.

This Final Protocol forms an integral part of the Convention between the Republic of Austria and the Republic of Turkey on Social Security. It shall enter into force on the same day as the Convention and shall remain in force for as long as the Convention remains in force.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries of both Contracting States have signed this Final Protocol.

DONE at Vienna, on 2 December 1982, in two original copies in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

WILLIBALD P. PAHR

For the Republic of Turkey:

ECMEL BARUTÇU

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE

La République d'Autriche et la République de Turquie,

Animées du désir de favoriser les relations entre les deux Etats dans le domaine de la sécurité sociale et de les mettre en harmonie avec l'évolution du droit,

Reconnaissant le principe de l'égalité de traitement des ressortissants des deux Etats lors de l'application des dispositions législatives internes en matière de sécurité sociale et le principe du maintien des droits acquis et des droits en cours d'acquisition,

Sont convenues de conclure le Traité ci-après qui doit remplacer le Traité du 12 octobre 1966² relatif à la sécurité sociale dans sa version modifiée par le Traité complémentaire du 6 août 1974² et par le Deuxième Traité complémentaire du 30 novembre 1979² :

TITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

1) Aux fins du présent Traité :

1. Le nom « Autriche » désigne la République d'Autriche; le nom « Turquie » désigne la République de Turquie.

2. L'expression « dispositions législatives » désigne : Les lois, ordonnances, instruments statutaires et autres actes normatifs en général, relatifs aux branches de la sécurité sociale mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 et en vigueur sur le territoire ou sur une partie du territoire d'un Etat contractant;

3. L'expression « autorité compétente » désigne : En ce qui concerne l'Autriche, le Ministre fédéral de l'Administration sociale, et pour ce qui est des allocations familiales le Ministre fédéral des Finances; en ce qui concerne la Turquie, les Ministres qui sont chargés de l'application des dispositions législatives indiquées au paragraphe 1 de l'article 2.

4. Le terme « institution » désigne : L'organisme ou l'autorité dont relève l'application des dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 ou d'une partie de ces dispositions.

5. L'expression « institution compétente » désigne : L'institution auprès de laquelle l'intéressé est assuré au moment de la demande de prestations ou à l'égard de laquelle il a un droit à prestations ou aurait un tel droit s'il résidait sur le territoire de l'Etat contractant dans lequel il était assuré en dernier lieu.

¹ Entrée en vigueur le 1^{er} avril 1985, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Ankara le 11 janvier 1985, conformément au paragraphe 2 de l'article 43.

² Voir p. 181 du présent volume.

6. L'expression « Membre de la famille » désigne : Un membre de la famille selon les dispositions législatives de l'Etat contractant dans lequel a son siège l'institution aux frais de laquelle les prestations doivent être servies.

7. L'expression « périodes d'assurance » désigne : Les périodes de cotisation et périodes assimilées qui sont valables comme telles en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants.

8. Les termes « prestation en espèces », « pension » ou « rente » désignent : Une prestation en espèces, une pension ou une rente, y compris tous les éléments provenant de fonds publics, toutes majorations, tous ajustements, indemnités complémentaires ainsi que les paiements et versements forfaitaires servis en compensation de cotisations.

9. L'expression « allocations familiales » désigne : Les allocations familiales selon les dispositions législatives autrichiennes et les allocations de même nature selon les dispositions législatives turques.

2) Tout autre terme ou expression utilisé dans le présent Traité a la signification qui lui est attribuée selon les dispositions législatives pertinentes.

Article 2

1) Le présent Traité s'applique :

1. En Autriche, aux dispositions législatives relatives à :

- a) L'assurance-maladie;
- b) L'assurance-accidents;
- c) L'assurance-pension;
- d) Les allocations familiales.

2. En Turquie, aux dispositions législatives relatives à :

- a) L'assurance-maladie;
- b) L'assurance-maternité;
- c) L'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles;
- d) L'assurance invalidité, vieillesse et survivants;
- e) La Caisse de pensions pour les fonctionnaires et employés de l'Etat.

2) Le présent Traité s'applique à toutes les décisions législatives reprenant, modifiant ou complétant les dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1.

3) Les dispositions législatives découlant d'arrangements conclus avec des Etats tiers ne doivent pas être prises en considération lors de l'application du présent Traité.

Article 3

1) Le présent Traité s'applique aux ressortissants des Etats contractants ainsi qu'aux membres de leurs familles et à leurs survivants.

2) Le présent Traité s'applique également :

a) Aux réfugiés au sens de la Convention du 28 juillet 1951¹ relative au statut des réfugiés et du Protocole de ladite Convention en date du 31 janvier 1967², qui résident habituellement sur le territoire d'un Etat contractant;

b) Aux apatrides au sens de la Convention du 28 septembre 1954³ relative au statut des apatrides, qui résident habituellement sur le territoire d'un Etat contractant.

Article 4

Lors de l'application des dispositions législatives d'un Etat contractant, sont assimilés aux ressortissants de cet Etat contractant :

a) Les ressortissants de l'autre Etat contractant;

b) Les réfugiés au sens de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole de ladite Convention en date du 31 janvier 1967, qui résident habituellement sur le territoire d'un Etat contractant;

c) Les apatrides au sens de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides, qui résident habituellement sur le territoire d'un Etat contractant.

Article 5

1) Les pensions, rentes et autres prestations en espèces qui sont dues en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant, doivent être également servies, sauf disposition à effet contraire du présent Traité, dans le cas où l'ayant droit réside sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) Les pensions, rentes et autres prestations en espèces des assurances sociales d'un Etat contractant seront servies aux ressortissants de l'autre Etat contractant séjournant sur le territoire d'un Etat tiers, dans les mêmes conditions et dans la mesure que s'il s'agissait de ressortissants du premier Etat contractant séjournant sur le territoire de cet Etat tiers.

TITRE II

DISPOSITIONS LÉGISLATIVES APPLICABLES

Article 6

Sauf disposition contraire des articles 7 et 8, sont applicables aux personnes exerçant une activité, les dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel cette activité est exercée. Ces dispositions sont également applicables aux salariés, même si leur domicile ou le siège de leur employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

³ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

Article 7

1) Si des salariés domiciliés sur le territoire d'un Etat contractant sont envoyés sur le territoire de l'autre Etat contractant par un employeur qui les emploie habituellement sur le territoire du premier Etat contractant, ils sont soumis jusqu'à la fin du 24^e mois civil de leur emploi sur le territoire de l'autre Etat contractant, aux dispositions législatives du premier Etat contractant, comme s'ils étaient encore employés sur le territoire de cet Etat.

2) Si des salariés d'une entreprise de transports aériens ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant sont envoyés de ce territoire sur le territoire de l'autre Etat contractant, ils continuent d'être soumis aux dispositions législatives du premier Etat contractant, comme s'ils étaient encore employés sur le territoire de cet Etat.

3) Pour l'équipage d'un navire affecté à la navigation maritime ainsi que pour les autres personnes exerçant leur activité à titre non seulement temporaire sur un tel navire, sont applicables les dispositions législatives de l'Etat contractant dont le navire bat le pavillon.

Article 8

Pour les diplomates et les consuls de carrière et pour le personnel administratif et technique des autorités de représentation dirigées par des diplomates et des consuls de carrière ainsi que pour les membres du personnel de service de ces autorités de représentation, et pour le personnel domestique employé à titre privé exclusivement par les diplomates, consuls de carrière et par les membres des autorités de représentation dirigées par des consuls de carrière, sont applicables les dispositions de la Convention de Vienne relative aux relations diplomatiques¹ et respectivement de la Convention de Vienne relative aux relations consulaires².

Article 9

Sur demande commune du salarié et de l'employeur ou sur demande d'autres personnes exerçant une activité, l'autorité compétente de l'Etat contractant dont les dispositions législatives seraient applicables en vertu des articles 6 à 8, peut admettre l'exemption de ces dispositions législatives, si la personne considérée est soumise aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant. Il y a lieu de considérer lors de la prise d'une telle décision, la nature et les circonstances de l'activité exercée. Avant que la décision ne soit prise, il convient de donner à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant l'occasion de prendre position à cet égard. Si le salarié n'exerce pas son activité sur le territoire de ce dernier Etat, il doit être considéré comme exerçant son activité sur le territoire du premier Etat.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 500, p. 95.

² *Ibid.*, vol. 596, p. 261.

TITRE III

DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

Chapitre 1

*Maladie, maternité et décès (indemnité au titre du décès)**Article 10*

Si une personne a acquis des périodes d'assurance en vertu des dispositions législatives des deux États contractants, ces périodes doivent être prises en compte pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation, pour autant qu'elles ne se superposent pas.

Article 11

1) Si un salarié se rend dans le territoire de l'autre État contractant, il a droit pour lui-même et pour les membres de sa famille se trouvant sur ce territoire, aux prestations prévues par les dispositions législatives de l'autre État contractant, sous réserve des conditions suivantes :

a) Il doit avoir été apte au travail lors de sa dernière entrée sur le territoire de cet État contractant;

b) Il doit avoir été assuré à titre obligatoire lors de sa dernière entrée sur ce territoire;

c) Il doit remplir, compte tenu du décompte des périodes prévu à l'article 10, les conditions fixées par les dispositions législatives de cet État contractant.

2) Si le salarié, dans les cas visés au paragraphe 1, ne remplit pas les conditions mentionnées aux lettres *a*, *b* ou *c*, et si la réalisation du risque survient au cours de la période prévue dans les dispositions législatives de l'État contractant sur le territoire duquel il était assuré en dernier lieu, avant son changement de résidence, il a droit à des prestations en application de ces dispositions législatives. Les dispositions des paragraphes 3 à 6 de l'article 12 sont applicables *mutatis mutandis*.

Article 12

1) Si une personne est assurée auprès d'une institution d'un État contractant, elle reçoit des prestations lors d'un séjour temporaire sur le territoire de l'autre État contractant, si son état nécessite des soins médicaux immédiats y compris le traitement hospitalier.

2) Si une personne a des droits à prestations à l'égard d'une institution d'un État contractant, elle conserve ces droits lorsqu'elle retourne sur le territoire de l'autre État contractant où elle est domiciliée ou lorsqu'elle transfère son domicile sur le territoire de l'autre État contractant. Avant le retour ou respectivement le changement de domicile, il y a lieu de demander le consentement de l'institution compétente. Ce consentement ne peut être refusé que pour des raisons relatives à l'état de santé. Le consentement peut être donné postérieurement si les conditions requises sont réunies et si ce consentement n'a pu être demandé auparavant pour

des raisons valables. En ce qui concerne les prestations pour maternité, le consentement peut être donné avant que ne survienne la réalisation du risque.

3) Dans les cas prévus aux paragraphes 1 et 2, les prestations en nature sont accordées par l'institution du lieu de résidence ou du lieu de domicile, selon les dispositions législatives applicables pour cette institution.

4) Dans les cas prévus aux paragraphes 1 et 2, l'autorisation de fourniture de prothèses, de moyens auxiliaires importants et autres prestations en nature d'une certaine importance, dépend du consentement que doit donner l'institution compétente; ces dispositions ne sont pas valables pour les cas d'urgence absolue. Il y a urgence absolue lorsque l'octroi de la prestation ne peut être remis à plus tard sans qu'il en résulte des risques sérieux pour la vie ou la santé de l'intéressé.

5) Dans les cas prévus aux paragraphes 1 et 2, les prestations en espèces sont accordées selon les dispositions législatives applicables pour l'institution compétente. Ces prestations peuvent, à la demande de l'institution compétente, être servies par une institution de l'autre Etat contractant.

6) Les dispositions des paragraphes 1 à 5 sont applicables, *mutatis mutandis*, aux membres des familles.

Article 13

1) Les membres de la famille d'un assuré qui est assuré auprès d'une institution d'un Etat contractant, reçoivent, lorsqu'ils sont domiciliés sur le territoire de l'autre Etat contractant, des prestations en nature, comme si l'assuré était auprès de l'institution du lieu de son domicile. L'octroi des prestations est régi par les dispositions législatives applicables pour cette institution.

2) Si les membres de la famille transfèrent le lieu de leur domicile sur le territoire de l'Etat contractant dans lequel l'institution compétente a son siège, ils reçoivent des prestations selon les dispositions législatives en vigueur dans cet Etat. Les mêmes dispositions sont d'application si les membres de la famille ont déjà reçu, pour le même cas de maladie ou de maternité, des prestations d'une institution de l'Etat contractant sur le territoire duquel ils ont transféré leur lieu de domicile. Si les dispositions législatives d'un Etat contractant prévoient une durée maximum pour l'octroi des prestations, la période pendant laquelle des prestations ont été octroyées pour le même cas de maladie ou de maternité en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat contractant, sera prise en compte par l'institution compétente en fonction de cette durée maximum.

3) Si une personne est considérée comme membre de la famille en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, les prestations ne seront servies qu'une fois. Pour le service des prestations, l'obligation de versement incombe à l'institution de l'Etat contractant sur le territoire duquel le membre de la famille est domicilié.

Article 14

1) Les bénéficiaires d'une pension au titre de l'assurance-pension des Etats contractants sont assujettis aux dispositions législatives concernant l'assurance-maladie des bénéficiaires de pensions de l'Etat contractant sur le territoire duquel les bénéficiaires de pension résident habituellement. A cet égard, en cas d'octroi d'une pension uniquement en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat con-

tractant, cette pension est régie par les dispositions législatives du premier Etat contractant.

2) Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables, *mutatis mutandis*, aux personnes faisant valoir un droit à pension.

Article 15

Les prestations en nature dues en vertu des dispositions des articles 11 à 14, sont servies :

En Autriche : Par la Caisse régionale d'assurance-maladie pour ouvriers et employés du lieu de résidence ou respectivement du lieu de domicile de l'intéressé;

En Turquie : Par l'Office des assurances sociales.

Article 16

1) L'institution compétente doit rembourser à l'institution du lieu de résidence, et respectivement du lieu du domicile, les montants versés au titre des dispositions du paragraphe 2 de l'article 11, des paragraphes 1, 2 à 6 de l'article 12, du paragraphe 1 de l'article 13 ainsi que de la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 14, à l'exception des frais d'administration; ces dispositions ne sont pas applicables en cas de séjour temporaire dans l'Etat contractant dans lequel a son siège l'institution qui est tenue de servir la pension.

2) Les autorités compétentes peuvent convenir, à des fins de simplification des procédures administratives, que dans tous les cas ou dans certains groupes de cas, les décomptes de frais détaillés seront remplacés par des versements forfaitaires.

Article 17

1) Lorsqu'une personne soumise aux dispositions législatives de l'un des Etats contractants, ou le titulaire d'une pension ou un membre de la famille, décède sur le territoire de l'autre Etat contractant, le décès est réputé avoir eu lieu sur le territoire du premier Etat contractant.

2) L'institution compétente prend à sa charge l'indemnité au titre du décès, même si le bénéficiaire se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Chapitre 2

Vieillesse, invalidité et décès (pensions)

Article 18

Si une personne a acquis des périodes d'assurance en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, ces périodes doivent être prises en compte pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation, pour autant qu'elles ne se superposent pas.

Article 19

1) Si une personne qui a acquis des périodes d'assurance en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, ou ses survivants, font valoir des droits à une prestation, l'institution compétente doit déterminer cette prestation de la manière suivante :

a) L'institution doit établir, d'après les dispositions législatives applicables par elle, si l'intéressé, compte tenu de la totalisation des périodes d'assurance, a droit à cette prestation;

b) Si l'intéressé a droit à une prestation, l'institution doit d'abord calculer le montant théorique de la prestation à laquelle il aurait droit si toutes les périodes d'assurance accomplies selon les dispositions législatives des deux Etats contractants avaient été exclusivement accomplies selon les dispositions législatives pour l'institution. Si le montant de la prestation ne dépend pas de la durée de l'assurance, ce montant est considéré comme le montant théorique;

c) Ensuite, l'institution calcule la fraction de prestation qui est due sur la base du montant calculé selon les dispositions de la lettre *b*, selon le rapport existant entre la durée des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives applicables par elles, et la totalité des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives des deux Etats contractants.

2) Si les périodes d'assurance qui doivent être prises en compte, conformément aux dispositions législatives d'un Etat contractant, pour le calcul de la prestation, n'atteignent pas 12 mois au total, et si, selon ces dispositions législatives, il n'existe aucun droit à prestation sur la seule base des périodes en question, il n'est accordé aucune prestation selon ces dispositions législatives; en pareil cas, l'institution de l'autre Etat contractant doit prendre en considération les périodes en question pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation ainsi que leur ordre de grandeur, comme s'il s'agissait de périodes acquises selon les dispositions législatives applicables par elle.

Article 20

Les institutions autrichiennes compétentes doivent appliquer les dispositions des Articles 18 et 19 selon les règles suivantes :

1) Pour la détermination de l'institution compétente, il est tenu compte exclusivement des périodes d'assurance autrichiennes.

2) Les dispositions des articles 18 et 19 ne sont applicables ni aux conditions d'existence du droit au complément de pension de retraite des mineurs ni au service de cette prestation au titre de l'assurance-pension autrichienne des mineurs.

3) Lors de l'application du paragraphe 1 de l'article 19, sont applicables les dispositions suivantes :

a) Les périodes d'assurance turques doivent être prises en compte sans application des dispositions législatives autrichiennes sur l'imputabilité;

b) Sont également considérées comme périodes neutres, les périodes pendant lesquelles l'assuré avait un droit à pension du fait de la réalisation du risque de vieillesse ou respectivement d'invalidité selon les dispositions législatives turques;

c) La base de calcul doit être établie exclusivement en fonction des périodes d'assurance autrichiennes;

d) Les cotisations pour l'assurance complémentaire, la prestation complémentaire des mineurs, le complément de pension des grands invalides et le complément compensatoire ne doivent pas entrer en ligne de compte.

4) Lors de l'application des lettres *b* et *c* du paragraphe 1 de l'article 19, les périodes d'assurance superposées doivent être prises en compte dans leur proportion réelle.

5) Si lors de l'application de la lettre *c* du paragraphe 1 de l'article 19, la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives des deux Etats contractants, est supérieure au plafond fixé selon les dispositions législatives autrichiennes pour le calcul de la majoration progressive, la fraction de prestation qui est due doit être calculée en fonction du rapport existant entre la durée des périodes d'assurance à prendre en considération selon les dispositions législatives autrichiennes et le plafond ci-dessus mentionné des mois d'assurance.

6) Pour le calcul du complément de pension des grands invalides, les dispositions des lettres *b* et *c* du paragraphe 1 de l'article 19 et respectivement les dispositions de l'article 23, sont d'application.

7) Le montant calculé conformément à la lettre *c* du paragraphe 1 de l'article 19 est éventuellement majoré de montants additionnels correspondant aux cotisations versées au titre de l'assurance complémentaire, à l'allocation complémentaire des mineurs, au complément de pension des grands invalides et au complément compensatoire.

8) Si, selon les dispositions législatives autrichiennes, l'octroi de prestations au titre de l'assurance-pension des mineurs est subordonné à l'accomplissement dans des entreprises spécifiques de tâches principalement minières, au sens des dispositions législatives autrichiennes, seules sont comptabilisées les périodes d'assurance turques qui correspondent à une activité analogue dans des entreprises de même type.

9) Les versements spéciaux au titre de l'assurance-pension autrichienne sont dus dans la même proportion que la prestation partielle; l'article 23 est d'application le cas échéant.

Article 21

Les institutions turques compétentes doivent appliquer les dispositions des articles 18 et 19 selon les règles suivantes :

1) L'institution compétente est l'office ou la caisse auquel la personne assurée a versé en dernier lieu des cotisations en Turquie.

2) Si une personne est soumise aux dispositions législatives autrichiennes sur l'assurance-pension avant son affiliation à l'assurance en Turquie, le commencement de son affiliation à l'assurance en Autriche est assimilé, lors de l'application des dispositions législatives turques, à une première affiliation à l'assurance.

3) Lors de l'application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 19, il y a lieu de prendre en compte exclusivement pour la détermination de la base de calcul,

les périodes d'assurance accumulées selon les dispositions législatives turques et les revenus auxquels se rapportent ces périodes d'assurance.

4) Lors de l'application des lettres *b* et *c* du paragraphe 1 de l'article 19, les périodes d'assurance superposées doivent être prises en compte dans leur proportion réelle.

5) Si, en vertu des dispositions législatives turques, la détermination du droit à prestation est subordonnée à l'accumulation de périodes d'assurance dans des exploitations minières pour des travaux au fond de la mine ou en roulement par équipes, il ne devra être tenu compte parmi les périodes d'assurance autrichienne que de celles qui concernent une activité correspondante.

6) Les versements spéciaux à accorder au titre des dispositions législatives turques, doivent être calculés selon les dispositions des lettres *b* et *c* du paragraphe 1 de l'article 19.

Article 22

1) S'il existe un droit à prestation en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant, même sans recours à l'article 18, l'institution de cet Etat contractant est tenue d'accorder la prestation due uniquement sur la base des périodes d'assurance à prendre en compte selon les dispositions législatives applicables par elle, dans la mesure où il n'existe pas un droit à prestation correspondant en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat contractant.

2) Le montant de la prestation déterminé selon les dispositions du paragraphe 1 est recalculé sur la base des dispositions de l'article 11 dès que le bénéficiaire acquiert le droit à une prestation de même type en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat contractant. Cette réévaluation de la prestation prend effet à compter du jour où commence le versement de la prestation due aux termes des dispositions législatives de cet Etat contractant. Le caractère irrévocable de décisions antérieures ne fait pas obstacle à cette réévaluation de la prestation.

Article 23

Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation aux termes des dispositions législatives d'un Etat contractant sans recours à l'article 18, et que le montant d'une telle prestation dépasse le total des prestations calculées en application de la lettre *c* du paragraphe 1 de l'article 19, l'institution compétente de cet Etat contractant doit verser au bénéficiaire, à titre de prestation partielle, sa prestation ainsi calculée, majorée de la différence entre ce total et la prestation qui lui serait due selon les seules dispositions législatives applicables par elle.

Chapitre 3

Accidents du travail et maladies professionnelles

Article 24

1) Une personne qui a droit, en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant, à des prestations en nature au titre d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle, reçoit, en cas de résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant, des prestations en nature de l'institution de son lieu de résidence selon les dispositions législatives applicables par cette institution, aux frais de l'institution

compétente. Les dispositions du paragraphe 4 de l'article 12 sont applicables *mutatis mutandis*.

2) Les prestations en nature visées au paragraphe 1 sont servies :

En Autriche : Par la Caisse régionale d'assurance-maladie pour ouvriers et employés du lieu de résidence de l'intéressé;

En Turquie : Par l'Office des assurances sociales.

3) Pour le remboursement des frais exposés en application du paragraphe 1, les dispositions de l'article 16 sont applicables *mutatis mutandis*.

Article 25

Si une maladie professionnelle doit être prise en charge selon les dispositions législatives des deux Etats contractants, les prestations ne doivent être accordées que selon les dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel a été exercée en dernier lieu une occupation susceptible de causer une telle maladie professionnelle.

Chapitre 4

Allocations familiales

Article 26

1) Une personne exerçant une activité en tant que salarié dans un Etat contractant, a droit à des allocations familiales en vertu des dispositions législatives de cet Etat contractant, également pour les enfants qui résident en permanence dans l'autre Etat contractant.

2) Pour le droit aux allocations familiales, ces salariés seront traités comme s'ils avaient leur domicile exclusivement dans l'Etat contractant où ils exercent leur occupation.

Article 27

L'allocation familiale accordée en vertu des dispositions législatives autrichiennes pour les enfants qui résident en permanence en Turquie, est de 682 shillings pour chaque enfant. Ce montant est majoré ou diminué en fonction du même coefficient d'augmentation ou de diminution qui est applicable en Autriche à l'allocation familiale pour un enfant à partir du 1^{er} janvier 1982; le supplément vieillesse de l'allocation familiale n'entre pas en ligne de compte.

Article 28

1) Si les dispositions législatives d'un Etat contractant prévoient des périodes d'attente déterminées pour l'obtention du droit aux allocations familiales, les périodes de même nature accumulées dans l'autre Etat contractant sont prises en compte.

2) Les salariés qui perçoivent des prestations en espèces en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant relatives à l'assurance-maladie ou à l'assurance-chômage, doivent être traités, en ce qui concerne le droit aux allocations

familiales, comme s'ils exerçaient leur activité dans l'Etat contractant en vertu des dispositions législatives duquel ils perçoivent ces prestations en espèces.

Article 29

Lorsque, compte tenu des dispositions du présent Traité, une personne a rempli successivement, au cours d'un mois civil, les conditions donnant droit aux allocations pour un enfant conformément aux dispositions législatives de l'un et de l'autre Etat contractant, les allocations familiales pour ce mois ne sont accordées que par l'Etat contractant selon les dispositions législatives duquel elles étaient payables au début du mois.

Article 30

Si, compte tenu des dispositions du présent Traité, les conditions prévues par les dispositions législatives des deux Etats contractants pour l'octroi d'allocations familiales pour un enfant dans les deux Etats contractants, les allocations familiales concernant ledit enfant ne sont accordées que conformément aux dispositions législatives de l'Etat contractant dans lequel l'enfant réside de manière permanente.

Article 31

Sont considérées comme enfants au titre du présent chapitre, les personnes pour lesquelles des allocations familiales sont prévues en vertu des dispositions législatives applicables.

TITRE IV

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 32

1) Les autorités compétentes régleront par un arrangement les dispositions administratives nécessaires à l'exécution du présent Traité. Cet arrangement peut déjà être conclu avant l'entrée en vigueur du présent Traité; toutefois, il doit entrer en vigueur au plus tôt en même temps que le présent Traité.

2) Les autorités compétentes se communiqueront mutuellement :

a) Des renseignements relatifs à toutes les mesures adoptées en vue de l'application du présent Traité;

b) Des renseignements sur toutes les modifications de leurs dispositions législatives qui ont une incidence sur l'application du présent Traité.

3) Les institutions et les autorités des deux Etats contractants se prêteront mutuellement assistance lors de l'application des dispositions législatives mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2 et des dispositions du présent Traité, comme s'il s'agissait de l'application de leurs propres dispositions législatives. Cette assistance sera fournie gratuitement. Les autorités compétentes des deux Etats contractants pourront toutefois convenir du remboursement de certains frais.

4) Les institutions et les autorités des Etats contractants pourront, aux fins de l'application du présent Traité, entrer directement en relation entre elles et avec les intéressés ou leurs représentants.

5) Les institutions, autorités et tribunaux d'un Etat contractant ne doivent pas rejeter les requêtes et autres pièces qui leur sont adressées, pour la raison qu'elles sont rédigées dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

6) Les examens médicaux qui doivent être effectués en application des dispositions législatives d'un Etat contractant et qui concernent des personnes résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant, doivent être pratiqués à la demande du service compétent et à ses frais par l'institution du lieu de résidence.

Article 33

En vue de faciliter l'exécution du présent Traité, en particulier pour l'établissement d'une liaison simple et rapide entre les institutions considérées de part et d'autre, les autorités compétentes devront créer des bureaux de liaison.

Article 34

1) Le bénéfice de toute exemption ou réduction de taxes, de droits de timbre, de droits de chancellerie ou de droits d'enregistrement prévue par les dispositions législatives d'un Etat contractant pour les pièces ou documents devant être produits en application des dispositions législatives de cet Etat contractant, est étendu aux pièces et documents correspondants qui devront être produits en application du présent Traité ou des dispositions législatives de l'autre Etat contractant.

2) Tous les actes et pièces de toute nature devant être produits en application du présent Traité, sont dispensés des formalités de législation.

Article 35

1) Les demandes, déclarations ou recours qui, en application du présent Traité ou des dispositions législatives d'un Etat contractant, doivent être déposées auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre service compétent d'un Etat contractant, sont considérés comme des demandes, déclarations ou recours déposés auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre service compétent de l'autre Etat contractant.

2) Une demande de prestation déposée en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant est considérée comme demande de prestation correspondante en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat contractant et compte tenu des dispositions du présent Traité; ces dispositions ne sont pas applicables si le requérant demande expressément que la détermination d'une prestation acquise en raison de l'âge selon les dispositions législatives d'un Etat contractant soit remise à plus tard.

3) Les demandes, déclarations ou recours qui, en application des dispositions législatives d'un Etat contractant, doivent être déposés dans un délai déterminé auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre service compétent de cet Etat contractant, peuvent être déposés dans les mêmes délais auprès du service correspondant de l'autre Etat contractant.

4) Dans les cas prévus aux paragraphes 1 à 3, le service auprès duquel ces demandes, déclarations ou recours ont été déposés doit les transmettre immédiatement au service compétent correspondant de l'autre Etat contractant.

Article 36

1) Les institutions d'un Etat contractant qui, en vertu des dispositions du présent Traité, doivent effectuer des versements à des bénéficiaires se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, peuvent les servir avec effet libératoire dans la monnaie du premier Etat contractant; s'ils doivent effectuer des versements à des institutions se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, les versements doivent être effectués dans la monnaie de cet Etat contractant.

2) Les virements de montants nécessaires à l'exécution du présent Traité seront effectués conformément aux dispositions des accords de paiement en vigueur entre les deux Etats contractants au moment du virement.

Article 37

1) Les montants qui sont dus à une institution d'un Etat contractant peuvent être recouvrés sur le territoire de l'autre Etat contractant selon les procédures administratives en vigueur pour le recouvrement des montants dus aux institutions correspondantes de cet Etat contractant.

2) Les certificats de répétition de l'indu exécutoires concernant des allocations familiales perçues à tort dont le remboursement a été prescrit selon les dispositions législatives applicables en vertu de l'article 2, sont reconnus en Turquie et les montants indiqués sur ces certificats sont recouvrés selon la procédure administrative en vigueur pour le recouvrement par l'institution turque des montants dus.

Article 38

1) Si une institution d'un Etat contractant a versé une avance sur une prestation, l'institution de l'autre Etat contractant doit opérer une retenue sur le complément à verser pour la même période au titre d'une prestation correspondante à laquelle un droit existe en vertu des dispositions législatives de ce dernier Etat, à la demande et au bénéfice de la première institution. Si l'institution d'un Etat contractant a versé, pour une période pour laquelle l'institution de l'autre Etat contractant doit verser par la suite une prestation correspondante, une somme supérieure à celle qu'elle était tenue de verser, le montant de l'excédent est considéré comme une avance au sens de la première phrase jusqu'à concurrence du montant à verser en supplément.

2) Si dans un Etat contractant une prestation de l'assistance sociale ou une prestation temporaire au titre de l'assurance-chômage a été accordée à un ayant droit au cours d'une période pendant laquelle celui-ci avait droit à des prestations en espèces, l'institution débitrice ou l'organisme payeur retient, à la demande et pour le compte du service en question, sur les sommes dues pour la même période un montant jusqu'à concurrence de la totalité des prestations versées, comme s'il s'agissait d'une prestation en espèces au titre des dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel a son siège l'institution ayant formulé la demande.

Article 39

1) Si une personne qui bénéficie de prestations en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant, a le droit, en vertu des dispositions législatives de cet Etat contrac-

tant, de réclamer une indemnisation à un tiers, l'institution du premier Etat contractant est subrogée, selon les dispositions législatives qui lui sont applicables, au droit du bénéficiaire à l'indemnisation.

2) Si une institution se trouvant sur le territoire d'un Etat contractant, de même qu'une institution se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, en raison de prestations de même nature réclamées pour un même dommage, ont un droit à indemnisation, le tiers en question peut satisfaire avec effet libératoire ces droits transférés aux deux institutions en vertu des dispositions du paragraphe 1, par versement à l'une ou l'autre institution. Dans les relations internes, les institutions sont solidairement tenues d'effectuer une péréquation sur la base des prestations qu'elles ont à servir.

Article 40

1) Tout différend qui surgirait entre les deux Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Traité, fera l'objet de négociations immédiates entre les autorités compétentes des deux Etats contractants.

2) Si le différend ne peut être réglé de cette manière dans les six mois qui suivront le début des négociations, il sera soumis, à la demande de l'un ou l'autre des Etats contractants, à une commission d'arbitrage dont la constitution sera déterminée par un arrangement entre les deux Etats contractants. La procédure applicable sera déterminée de la même manière.

3) La commission d'arbitrage devra régler le différend selon les principes et dans l'esprit du présent Traité. Ses décisions ont force obligatoire et sont sans appel.

TITRE V

DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

Article 41

Sur la base du présent Traité, sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 de l'article 44 :

a) Les prestations doivent être accordées également pour les réalisations de risques survenues avant son entrée en vigueur;

b) Lors de la détermination des prestations, doivent également être prises en compte les périodes d'assurance accumulées avant son entrée en vigueur;

c) Aucun droit à des paiements de prestations ne sera fondé pour des périodes antérieures à son entrée en vigueur, à moins que les dispositions législatives des Etats contractants ne prévoient l'effet rétroactif de certaines prestations en cas de demande présentée dans les délais requis.

Article 42

Le présent Traité ne déroge à aucun droit actuellement acquis aux termes des dispositions législatives autrichiennes par les personnes qui ont subi un préjudice en matière de sécurité sociale pour des motifs d'ordre religieux ou politique ou en raison de leurs origines ethniques.

Article 43

1) Le présent Taité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Ankara aussitôt que faire se pourra.

2) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

3) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants pourra le dénoncer moyennant un préavis de trois mois donné par écrit par la voie diplomatique.

4) En cas de dénonciation, les dispositions du présent Traité resteront applicables pour les droits à prestations acquis, sans considération des dispositions restrictives prévues par les régimes pertinents pour le cas du séjour de l'assuré à l'étranger.

Article 44

1) Avec l'entrée en vigueur du présent Traité, le Traité du 12 octobre 1966 relatif à la sécurité sociale dans sa version modifiée par le Traité complémentaire du 6 août 1974 et par le Deuxième Traité complémentaire du 30 novembre 1979 est abrogé.

2) Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, le présent Traité ne porte pas atteinte aux droits à prestations acquis avant son entrée en vigueur.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Traité.

FAIT à Vienne, le 2 décembre 1982, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

WILLIBALD P. PAHR

Pour la République de Turquie :

ECMEL BARUTÇU

PROTOCOLE FINAL AU TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE

A l'occasion de la signature du Traité conclu ce jour entre la République d'Autriche et la République de Turquie relatif à la sécurité sociale, les plénipotentiaires des deux Etats contractants déclarent qu'il existe un accord sur les dispositions suivantes :

1. *En ce qui concerne l'article 2 du Traité :*

a) Les dispositions de l'alinéa 1 du paragraphe 1 ne concernent pas les dispositions législatives autrichiennes relatives à l'assurance notariale;

b) Les dispositions du paragraphe 3 ne sont pas applicables aux accords conclus par les deux Etats contractants, dans la mesure où découlent de ces accords des réglementations sur la prise en charge d'une assurance.

2. *En ce qui concerne l'article 4 du Traité :*

a) Les dispositions législatives autrichiennes relatives à la prise en compte des périodes de service de guerre et des périodes qui leur sont assimilées demeurent inchangées;

b) Les dispositions législatives des deux Etats contractants relatives à la collaboration de l'assuré et de l'employeur dans les organes de l'institution et des associations ainsi que dans la jurisprudence de la sécurité sociale restent inchangées.

c) Les dispositions législatives des deux Etats contractants relatives à l'assurance des personnes exerçant leur activité auprès d'une représentation officielle de l'un des deux Etats contractants dans des Etats tiers ou chez des membres d'une telle représentation, demeurent inchangées.

d) Les règlements figurant dans l'accord conclu entre les deux Etats contractants concernant la charge d'assurance ne sont pas affectés.

e) Les dispositions de la loi fédérale autrichienne du 22 novembre 1961 sur les droits à prestations et les droits en cours d'acquisition de l'assurance-pension et de l'assurance-accidents sur la base d'activités exercées à l'étranger, ainsi que les dispositions législatives relatives à la prise en compte des périodes d'activité professionnelle indépendante accumulées en dehors de l'Autriche sur le territoire de l'ancienne Monarchie austro-hongroise, demeurent inchangées.

3. *En ce qui concerne l'article 5 du Traité :*

Ces dispositions ne sont pas valables pour le complément de compensation au titre des dispositions législatives autrichiennes.

4. *En ce qui concerne l'article 8 du Traité :*

Les dispositions de cet article sont applicables *mutatis mutandis* aux représentants commerciaux des deux Etats contractants et à leurs collaborateurs.

5. *En ce qui concerne l'article 12 du Traité :*

La disposition du paragraphe 1 est applicable en Autriche en ce qui concerne le traitement par des médecins, chirurgiens-dentistes et dentistes uniquement à l'égard des personnes suivantes :

a) Les personnes séjournant en Autriche pour l'exercice de leur occupation ainsi que les membres de leur famille qui les accompagnent;

b) Les personnes en visite dans leur famille résidant habituellement en Autriche;

c) Les personnes qui séjournent en Autriche pour d'autres raisons, le traitement ambulatorio leur a été accordé pour le compte de la Caisse maladie régionale pour les ouvriers et employés compétentes pour leur lieu de séjour.

6. *En ce qui concerne l'article 16 du Traité :*

Le remboursement des dépenses pour les ayants droit au titre de l'assurance-pension autrichienne en vertu de la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 14, sera effectué sur les cotisations de l'assurance-maladie des retraités perçues par l'Union des Instituts autrichiens d'assurance sociale.

7. *En ce qui concerne l'article 18 du Traité :*

La proportion et les modalités selon lesquelles les périodes d'assurance doivent être prises en compte, sont régies selon les dispositions législatives de l'Etat contractant où est située l'assurance auprès de laquelle ces périodes ont été accumulées, compte tenu de la règle selon laquelle un mois d'assurance de l'assurance-pension autrichienne équivaut à 30 jours de cotisation à l'assurance-rente turque.

8. *En ce qui concerne l'article 19 du Traité :*

Pour l'application des lettres *b* et *c* du paragraphe 1 ainsi que du paragraphe 2, 30 jours de cotisation accumulés selon les dispositions législatives turques équivalent à un mois d'assurance à prendre en compte selon les dispositions législatives autrichiennes et vice versa.

9. *En ce qui concerne le chapitre 4 du Titre III du Traité :*

En ce qui concerne les allocations familiales, l'article 4 n'est d'application que selon les dispositions des articles 26 à 31.

10. *En ce qui concerne les articles 26 et 27 du Traité :*

a) Le droit aux allocations familiales n'existe que si l'activité exercée n'est pas contraire aux prescriptions en vigueur sur l'emploi des salariés étrangers;

b) Le droit aux allocations familiales en vertu des dispositions législatives autrichiennes n'existe que si l'activité est exercée en Autriche pendant une période d'au moins un mois civil; ce temps d'attente ne donne pas lieu à une imputation en vertu des dispositions de l'article 28;

c) Le droit à la majoration des allocations familiales pour enfants gravement handicapés, en vertu des dispositions législatives autrichiennes, n'existe que pour les enfants qui résident en Autriche de manière permanente.

Le présent Protocole est partie intégrante du Traité entre la République d'Autriche et la République de Turquie relatif à la sécurité sociale. Il entre en vigueur le même jour que le Traité et demeurera en vigueur pendant la même durée que le Traité.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Protocole final.

FAIT à Vienne, le 2 décembre 1982, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

WILLIBALD P. PAHR

Pour la République de Turquie :

ECMEL BARUTÇU

ANNEX A

*Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations*

ANNEXE A

*Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies*

ANNEX A

ANNEXE A

No. 4. CONVENTION ON THE PRIVILEGES AND IMMUNITIES OF THE UNITED NATIONS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 13 FEBRUARY 1946¹

Nº 4. CONVENTION SUR LES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS DES NATIONS UNIES. APPROUVÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 13 FÉVRIER 1946¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

9 April 1992

REPUBLIC OF KOREA

(With effect from 9 April 1992.)

With the following reservation:

ADHÉSION

Instrument déposé le :

9 avril 1992

RÉPUBLIQUE DE CORÉE

(Avec effet au 9 avril 1992.)

Avec la réserve suivante :

[KOREAN TEXT — TEXTE CORÉEN]

대한민국 정부는 이 협약을 심의한 후, 이 협약 제5장 제18조 다항은 대한민국 국민에 대하여 적용되지 아니한다고 선언하면서 이에 협약에 가입한다.

[TRANSLATION]

The Government of the Republic of Korea, having considered the said Convention, hereby accedes to the same declaring that the provision of paragraph (c) of section 18 of Article V shall not apply with respect to Korean nationals.

Registered ex officio on 9 April 1992.

[TRADUCTION]

Le Gouvernement de la République de Corée, ayant examiné ladite Convention, y adhère en déclarant que la disposition de l'alinéa c de la section 18 de l'article V ne s'applique pas à l'égard des nationaux coréens.

Enregistré d'office le 9 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1 p. 15, and vol. 90, p. 327 (corrigendum to vol. 1, p. 18); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 18, as well as annex A in volumes 1144, 1147, 1197, 1203, 1256, 1258, 1279, 1286, 1296, 1322, 1349, 1434, 1486, 1501, 1516, 1543, 1551, 1558, 1574, 1606, 1607 and 1653.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1, p. 15; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1144, 1147, 1197, 1203, 1256, 1258, 1279, 1286, 1296, 1322, 1349, 1434, 1486, 1501, 1516, 1543, 1551, 1558, 1574, 1606, 1607 et 1653.

No. 1021. CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF THE CRIME OF GENOCIDE. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 9 DECEMBER 1948¹

N° 1021. CONVENTION POUR LA PRÉVENTION ET LA RÉPRESSION DU CRIME DE GÉNOCIDE. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 9 DÉCEMBRE 1948¹

No. 1342. CONVENTION FOR THE SUPPRESSION OF THE TRAFFIC IN PERSONS AND OF THE EXPLOITATION OF THE PROSTITUTION OF OTHERS. OPENED FOR SIGNATURE AT LAKE SUCCESS, NEW YORK, ON 21 MARCH 1950²

N° 1342. CONVENTION POUR LA RÉPRESSION DE LA TRAITÉ DES ÊTRES HUMAINS ET DE L'EXPLOITATION DE LA PROSTITUTION D'AUTRUI. OUVERTE À LA SIGNATURE À LAKE SUCCESS (NEW YORK), LE 21 MARS 1950²

No. 2613. CONVENTION ON THE POLITICAL RIGHTS OF WOMEN. OPENED FOR SIGNATURE AT NEW YORK, ON 31 MARCH 1953³

N° 2613. CONVENTION SUR LES DROITS POLITIQUES DE LA FEMME. OUVERTE À LA SIGNATURE À NEW YORK, LE 31 MARS 1953³

ACCESSIONS

Instruments deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 13 July 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSIONS

Instruments déposés le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 13 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 78, p. 277; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 11, and 13 to 17, as well as annex A in volumes 1120, 1155, 1228, 1252, 1256, 1260, 1261, 1272, 1299, 1310, 1328, 1330, 1333, 1354, 1355, 1357, 1390, 1455, 1488, 1516, 1518, 1523, 1525, 1527, 1530, 1551, 1552, 1555, 1557, 1563, 1567, 1569, 1606, 1607 and 1653.

² *Ibid.*, vol. 96, p. 271; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 2 to 10, 13 to 15, and 17 and 18, as well as annex A in volumes 1130, 1132, 1141, 1155, 1249, 1252, 1263, 1334, 1389, 1397, 1427, 1525, 1527, 1551 and 1560.

³ *Ibid.*, vol. 193, p. 135; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 2 to 18, as well as annex A in volumes 1205, 1218, 1249, 1260, 1315, 1413, 1434, 1436, 1455, 1516, 1525, 1527, 1530, 1551, 1559, 1569 and 1606.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 78, p. 277; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 11, et 13 à 17, ainsi que l'annexe A des volumes 1120, 1155, 1228, 1252, 1256, 1260, 1261, 1272, 1299, 1310, 1328, 1330, 1333, 1354, 1355, 1357, 1390, 1455, 1488, 1516, 1518, 1523, 1525, 1527, 1530, 1551, 1552, 1555, 1557, 1563, 1567, 1569, 1606, 1607 et 1653.

² *Ibid.*, vol. 96, p. 271; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 2 à 10, 13 à 15, et 17 et 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1130, 1132, 1141, 1155, 1249, 1252, 1263, 1334, 1389, 1397, 1427, 1525, 1527, 1551 et 1560.

³ *Ibid.*, vol. 193, p. 135; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 2 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1205, 1218, 1249, 1260, 1315, 1413, 1434, 1436, 1455, 1516, 1525, 1527, 1530, 1551, 1559, 1569 et 1606.

No. 3822. SUPPLEMENTARY CONVENTION ON THE ABOLITION OF SLAVERY, THE SLAVE TRADE, AND INSTITUTIONS AND PRACTICES SIMILAR TO SLAVERY. DONE AT THE EUROPEAN OFFICE OF THE UNITED NATIONS AT GENEVA, ON 7 SEPTEMBER 1956¹

N° 3822. CONVENTION SUPPLÉMENTAIRE RELATIVE À L'ABOLITION DE L'ESCLAVAGE, DE LA TRAITE DES ESCLAVES ET DES INSTITUTIONS ET PRATIQUES ANALOGUES À L'ESCLAVAGE. FAITE À L'OFFICE EUROPÉEN DES NATIONS UNIES, À GENÈVE, LE 7 SEPTEMBRE 1956¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 April 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 14 avril 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 266, p. 3; for subsequent actions see references in Cumulative Indexes Nos. 3 to 10 and 12 to 18, as well as annex A in volumes 1130, 1141, 1146, 1194, 1249, 1256, 1333, 1334, 1338, 1360, 1390, 1417, 1427, 1516, 1530, 1558, 1563 and 1567.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 266, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 3 à 10 et 12 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1130, 1141, 1146, 1194, 1249, 1256, 1333, 1334, 1338, 1360, 1390, 1417, 1427, 1516, 1530, 1558, 1563 et 1567.

No. 4468. CONVENTION ON THE NATIONALITY OF MARRIED WOMEN. DONE AT NEW YORK, ON 20 FEBRUARY 1957¹

N° 4468. CONVENTION SUR LA NATIONALITÉ DE LA FEMME MARIÉE. FAITE À NEW YORK, LE 20 FÉVRIER 1957¹

No. 4739. CONVENTION ON THE RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF FOREIGN ARBITRAL AWARDS. DONE AT NEW YORK, ON 10 JUNE 1958²

N° 4739. CONVENTION POUR LA RECONNAISSANCE ET L'EXÉCUTION DES SENTENCES ARBITRALES ÉTRANGÈRES. FAITE À NEW YORK, LE 10 JUIN 1958²

ACCESSIONS

Instruments deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 13 July 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSIONS

Instruments déposés le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 13 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 309, p. 65; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 18, as well as annex A in volumes 1132, 1147, 1258, 1315, 1417, 1516, 1530, 1652 and 1662.

² *Ibid.*, vol. 330, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 18, as well as annex A in volumes 1128, 1136, 1145, 1148, 1150, 1183, 1198, 1206, 1208, 1225, 1252, 1265, 1279, 1297, 1306, 1317, 1331, 1342, 1351, 1372, 1394, 1410, 1426, 1434, 1455, 1458, 1484, 1492, 1494, 1501, 1509, 1513, 1516, 1518, 1523, 1526, 1537, 1549, 1552, 1591, 1592 and 1665.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 309, p. 65; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1132, 1147, 1258, 1315, 1417, 1516, 1530, 1652 et 1662.

² *Ibid.*, vol. 330, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1128, 1136, 1145, 1148, 1150, 1183, 1198, 1206, 1208, 1225, 1252, 1265, 1279, 1297, 1306, 1317, 1331, 1342, 1351, 1372, 1394, 1410, 1426, 1434, 1455, 1458, 1484, 1492, 1494, 1501, 1509, 1513, 1516, 1518, 1523, 1526, 1537, 1549, 1552, 1591, 1592 et 1665.

No. 4789. AGREEMENT CONCERNING THE ADOPTION OF UNIFORM CONDITIONS OF APPROVAL AND RECIPROCAL RECOGNITION OF APPROVAL FOR MOTOR VEHICLE EQUIPMENT AND PARTS. DONE AT GENEVA, ON 20 MARCH 1958¹

N° 4789. ACCORD CONCERNANT L'ADOPTION DE CONDITIONS UNIFORMES D'HOMOLOGATION ET LA RECONNAISSANCE RÉCIPROQUE DE L'HOMOLOGATION DES ÉQUIPEMENTS ET PIÈCES DE VÉHICULES À MOTEUR. FAIT À GENÈVE, LE 20 MARS 1958¹

APPLICATION of Regulations Nos. 16,² 19,³ 20,⁴ 54,⁵ 56,⁶ 58⁷ and 71⁸ annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

7 April 1992

POLAND

(With effect from 6 June 1992.)

Registered ex officio on 7 April 1992.

APPLICATION des Règlements nos 16², 19³, 20⁴, 54⁵, 56⁶, 58⁷ et 71⁸ annexés à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

7 avril 1992

POLOGNE

(Avec effet au 6 juin 1992.)

Enregistré d'office le 7 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 335, p. 211; vol. 516, p. 378 (rectification of the authentic English and French texts of article 1 (8)); vol. 609, p. 290 (amendment to article 1 (1)), and vol. 1059, p. 404 (rectification of the authentic French text of article 12 (2)); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 18, as well as annex A in volumes 1106, 1110, 1111, 1112, 1122, 1126, 1130, 1135, 1136, 1138, 1139, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1150, 1153, 1156, 1157, 1162, 1177, 1181, 1196, 1197, 1198, 1199, 1205, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1222, 1223, 1224, 1225, 1235, 1237, 1240, 1242, 1247, 1248, 1249, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658 and 1664.

² *Ibid.*, vol. 756, p. 232; vol. 820, p. 420; vol. 893, p. 330; vol. 1153, p. 435; vol. 1413, p. 363; vol. 1499, p. 328; vol. 1506, p. 268; vol. 1527, p. 279 and vol. 1548, p. 238.

³ *Ibid.*, vol. 768, p. 314; vol. 926, p. 99; vol. 981, p. 378; vol. 1504, p. 384; vol. 1524, p. 291 and vol. 1584, No. A-4789.

⁴ *Ibid.*, vol. 774, p. 174; vol. 1019, p. 374; vol. 1429, p. 329 and vol. 1559, No. A-4789.

⁵ *Ibid.*, vol. 1301, p. 275; vol. 1495, No. A-4789; vol. 1543, p. 278 and vol. 1647, p. 403.

⁶ *Ibid.*, vol. 1301, p. 310.

⁷ *Ibid.*, vol. 1321, p. 412 and vol. 1526, p. 333.

⁸ *Ibid.*, vol. 1477, p. 242.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 335, p. 211; vol. 516, p. 379 (rectification des textes authentiques anglais et français du paragraphe 8 de l'article 1); vol. 609, p. 291 (amendement du paragraphe 1 de l'article 1), et vol. 1059, p. 404 (rectification du texte authentique français du paragraphe 2 de l'article 12); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 4 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1106, 1110, 1111, 1112, 1122, 1126, 1130, 1135, 1136, 1138, 1139, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1150, 1153, 1156, 1157, 1162, 1177, 1181, 1196, 1197, 1198, 1199, 1205, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1222, 1223, 1224, 1225, 1235, 1237, 1240, 1242, 1247, 1248, 1249, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658 et 1664.

² *Ibid.*, vol. 756, p. 233; vol. 820, p. 421; vol. 893, p. 340; vol. 1153, p. 436; vol. 1413, p. 375; vol. 1499, p. 342; vol. 1506, p. 297; vol. 1527, p. 289 et vol. 1548, p. 464.

³ *Ibid.*, vol. 768, p. 387; vol. 926, p. 101; vol. 981, p. 387; vol. 1504, p. 401; vol. 1524, p. 326 et vol. 1584, n° A-4789.

⁴ *Ibid.*, vol. 774, p. 175; vol. 1019, p. 384; vol. 1429, p. 350 et vol. 1559, n° A-4789.

⁵ *Ibid.*, vol. 1301, p. 325; vol. 1495, n° A-4789; vol. 1543, p. 288 et vol. 1647, p. 406.

⁶ *Ibid.*, vol. 1301, p. 360.

⁷ *Ibid.*, vol. 1321, p. 412 et vol. 1526, p. 370.

⁸ *Ibid.*, vol. 1477, p. 253.

APPLICATION of Regulation No. 66¹ annexed to the Agreement of 20 March 1958 concerning the adoption of uniform conditions of approval and reciprocal recognition of approval for motor vehicle equipment and parts

Notification received on:

7 April 1992

SPAIN

(With effect from 6 June 1992.)

Registered ex officio on 7 April 1992.

APPLICATION du Règlement n° 66¹ annexé à l'Accord du 20 mars 1958 concernant l'adoption de conditions uniformes d'homologation et la reconnaissance réciproque de l'homologation des équipements et pièces de véhicules à moteur

Notification reçue le :

7 avril 1992

ESPAGNE

(Avec effet au 6 juin 1992.)

Enregistré d'office le 7 avril 1992.

APPLICATION of Regulation No. 75² annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

7 April 1992

FRANCE

(With effect from 6 June 1992.)

Registered ex officio on 7 April 1992.

APPLICATION du Règlement n° 75² annexé à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

7 avril 1992

FRANCE

(Avec effet au 6 juin 1992.)

Enregistré d'office le 7 avril 1992.

APPLICATION of Regulation No. 50³ annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

10 April 1992

SPAIN

(With effect from 9 June 1992.)

Registered ex officio on 10 April 1992.

APPLICATION du Règlement n° 50³ annexé à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

10 avril 1992

ESPAGNE

(Avec effet au 9 juin 1992.)

Enregistré d'office le 10 avril 1992.

APPLICATION of Regulation No. 85⁴ annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

16 April 1992

GERMANY

(With effect from 15 June 1992.)

Registered ex officio on 16 April 1992.

APPLICATION du Règlement n° 85⁴ annexé à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

16 avril 1992

ALLEMAGNE

(Avec effet au 15 juin 1992.)

Enregistré d'office le 16 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1443, p. 314.

² *Ibid.*, vol. 1500, p. 300.

³ *Ibid.*, vol. 1277, p. 541.

⁴ *Ibid.*, vol. 1578, No. A-4789.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1443, p. 329.

² *Ibid.*, vol. 1500, p. 323.

³ *Ibid.*, vol. 1277, p. 528.

⁴ *Ibid.*, vol. 1578, n° A-4789.

No. 6280. CONVENTION ON THE INTERNATIONAL RIGHT OF CORRECTION. OPENED FOR SIGNATURE AT NEW YORK, ON 31 MARCH 1953¹

N° 6280. CONVENTION RELATIVE AU DROIT INTERNATIONAL DE RECTIFICATION. OUVERTE À LA SIGNATURE À NEW YORK, LE 31 MARS 1953¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 May 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

14 avril 1992

LETONIE

(Avec effet au 14 mai 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 435, p. 191, and annex A in volumes 444, 597, 656, 848, 1205 and 1458.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 435, p. 191, et annexe A des volumes 444, 597, 656, 848, 1205 et 1458.

No. 8841. AGREEMENT BETWEEN DENMARK, FINLAND, ICELAND, NORWAY AND SWEDEN ON A NORDIC CULTURAL FUND. SIGNED AT COPENHAGEN, ON 3 OCTOBER 1966¹

N° 8841. ACCORD ENTRE LE DANEMARK, LA FINLANDE, L'ISLANDE, LA NORVÈGE ET LA SUÈDE RELATIF AU FONDS CULTUREL NORDIQUE. SIGNÉ À COPENHAGUE, LE 3 OCTOBRE 1966¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Denmark registered on 14 April 1992 the Agreement on a Nordic Cultural Fund between Denmark, Finland, Iceland, Norway and Sweden signed at Stockholm on 12 June 1975.²

The certification of the Danish Ministry of Foreign Affairs appearing after the text of the said Agreement, which came into force on 1 December 1976, indicates the termination of the above-mentioned Agreement of 3 October 1966.

(14 April 1992)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement danois a enregistré le 14 avril 1992 l'Accord relatif à un Fonds nordique culturel entre le Danemark, la Finlande, l'Islande, la Norvège et la Suède signé à Stockholm le 12 juin 1975².

La certification du Ministère des affaires étrangères du Danemark qui apparaît après le texte dudit Accord, qui est entré en vigueur le 1^{er} décembre 1976, indique l'abrogation de l'Accord susmentionné du 3 octobre 1966.

(14 avril 1992)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 610, p. 169.
² See p. 147 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 610, p. 169.
² Voir p. 147 du présent volume.

No. 9464. INTERNATIONAL CONVENTION ON THE ELIMINATION OF ALL FORMS OF RACIAL DISCRIMINATION. OPENED FOR SIGNATURE AT NEW YORK ON 7 MARCH 1966¹

N° 9464. CONVENTION INTERNATIONALE SUR L'ÉLIMINATION DE TOUTES LES FORMES DE DISCRIMINATION RACIALE. OUVERTE À LA SIGNATURE À NEW YORK LE 7 MARS 1966¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 May 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 14 mai 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 660, p. 195; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 10 to 18, as well as annex A in volumes 1119, 1120, 1136, 1138, 1146, 1151, 1155, 1161, 1205, 1247, 1249, 1256, 1260, 1263, 1271, 1272, 1279, 1286, 1293, 1295, 1297, 1310, 1314, 1321, 1329, 1338, 1341, 1344, 1347, 1349, 1350, 1351, 1355, 1356, 1358, 1380, 1408, 1509, 1516, 1520, 1525, 1527, 1540, 1541, 1542, 1543, 1545, 1558, 1563, 1564, 1567, 1569, 1606, 1651 and 1653.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 660, p. 195; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 10 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1119, 1120, 1136, 1138, 1146, 1151, 1155, 1161, 1205, 1247, 1249, 1256, 1260, 1263, 1271, 1272, 1279, 1286, 1293, 1295, 1297, 1310, 1314, 1321, 1329, 1338, 1341, 1344, 1347, 1349, 1350, 1351, 1355, 1356, 1358, 1380, 1408, 1509, 1516, 1520, 1525, 1527, 1540, 1541, 1542, 1543, 1545, 1558, 1563, 1564, 1567, 1569, 1606, 1651 et 1653.

No. 10823. CONVENTION ON THE NON-APPLICABILITY OF STATUTORY LIMITATIONS TO WAR CRIMES AND CRIMES AGAINST HUMANITY. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 26 NOVEMBER 1968¹

N° 10823. CONVENTION SUR L'IMPRESCRIPTIBILITÉ DES CRIMES DE GUERRE ET DES CRIMES CONTRE L'HUMANITÉ. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 26 NOVEMBRE 1968¹

No. 14458. CONVENTION ON THE REDUCTION OF STATELESSNESS. CONCLUDED AT NEW YORK ON 30 AUGUST 1961²

N° 14458. CONVENTION SUR LA RÉDUCTION DES CAS D'APATRIDIE. CONCLUE À NEW YORK LE 30 AOÛT 1961²

ACCESSIONS

Instruments deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 13 July 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSIONS

Instruments déposés le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 13 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 754, p. 73; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 12 to 14 and 16, as well as annex A in volumes 1120, 1256, 1314, 1324, 1334, 1379, 1387, 1436, 1455, 1530 and 1653.

² *Ibid.*, vol. 989, p. 175, and annex A in volumes 1048, 1054, 1058, 1097, 1341, 1397, 1399 and 1530.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 754, p. 73; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 12 à 14 et 16, ainsi que l'annexe A des volumes 1120, 1256, 1314, 1324, 1334, 1379, 1387, 1436, 1455, 1530 et 1653.

² *Ibid.*, vol. 989, p. 175, et annexe A des volumes 1048, 1054, 1058, 1097, 1341, 1397, 1399 et 1530.

No. 14531. INTERNATIONAL COVENANT ON ECONOMIC, SOCIAL AND CULTURAL RIGHTS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 16 DECEMBER 1966¹

Nº 14531. PACTE INTERNATIONAL RELATIF AUX DROITS ÉCONOMIQUES, SOCIAUX ET CULTURELS. ADOPTÉ PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 16 DÉCEMBRE 1966¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 July 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 14 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 993, p. 3; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 16 to 18, as well as annex A in volumes 1106, 1120, 1132, 1136, 1138, 1144, 1151, 1161, 1181, 1197, 1202, 1203, 1207, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1225, 1249, 1256, 1259, 1271, 1286, 1289, 1299, 1312, 1329, 1333, 1334, 1354, 1357, 1360, 1390, 1397, 1409, 1421, 1422, 1434, 1455, 1482, 1490, 1505, 1545, 1551, 1556, 1563, 1564, 1578, 1580, 1598, 1607, 1649, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663 and 1669.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 993, p. 3; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 16 à 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1106, 1120, 1132, 1136, 1138, 1144, 1151, 1161, 1181, 1197, 1202, 1203, 1207, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1225, 1249, 1256, 1259, 1271, 1286, 1289, 1299, 1312, 1329, 1333, 1334, 1354, 1357, 1360, 1390, 1397, 1409, 1421, 1422, 1434, 1455, 1482, 1490, 1505, 1545, 1551, 1556, 1563, 1564, 1578, 1580, 1598, 1607, 1649, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663 et 1669.

No. 14668. INTERNATIONAL COVENANT ON CIVIL AND POLITICAL RIGHTS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 16 DECEMBER 1966¹

N° 14668. PACTE INTERNATIONAL RELATIF AUX DROITS CIVILS ET POLITIQUES. ADOPTÉ PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 16 DÉCEMBRE 1966¹

ACCESSION

Instrument deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 July 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSION

Instrument déposé le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 14 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

RATIFICATION of the Optional Protocol of 16 December 1966² to the above-mentioned Covenant

Instrument deposited on:

15 April 1992

CYPRUS

(With effect from 15 July 1992.)

Registered ex officio on 15 April 1992.

RATIFICATION du Protocole facultatif du 16 décembre 1966² se rapportant au Pacte susmentionné

Instrument déposé le :

15 avril 1992

CHYPRE

(Avec effet au 15 juillet 1992.)

Enregistré d'office le 15 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification of authentic Spanish text), and vol. 1059, p. 451 (corrigendum to vol. 999); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 and 18, as well as annex A in volumes 1103, 1106, 1120, 1130, 1131, 1132, 1136, 1138, 1141, 1144, 1147, 1150, 1151, 1161, 1181, 1195, 1197, 1199, 1202, 1203, 1205, 1207, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1222, 1225, 1249, 1256, 1259, 1261, 1272, 1275, 1276, 1279, 1286, 1289, 1291, 1295, 1296, 1299, 1305, 1308, 1312, 1314, 1316, 1324, 1328, 1329, 1333, 1334, 1338, 1339, 1344, 1347, 1348, 1349, 1351, 1352, 1354, 1356, 1357, 1358, 1360, 1365, 1379, 1387, 1389, 1390, 1392, 1393, 1399, 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1593, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667 and 1669.

² *Ibid.*, vol. 999, p. 171; vol. 1059, p. 451 (corrigendum to vol. 999); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 and 18, as well as annex A in volumes 1106, 1120, 1144, 1161, 1205, 1225, 1256, 1286, 1314, 1329, 1334, 1349, 1354, 1360, 1389, 1409, 1421, 1434, 1482, 1487, 1490, 1499, 1506, 1512, 1530, 1533, 1654 and 1669.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification du texte authentique espagnol), et vol. 1059, p. 451 (rectificatif au vol. 999); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 et 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1103, 1106, 1120, 1130, 1131, 1132, 1136, 1138, 1141, 1144, 1147, 1150, 1151, 1161, 1181, 1195, 1197, 1199, 1202, 1203, 1205, 1207, 1211, 1213, 1214, 1216, 1218, 1222, 1225, 1249, 1256, 1259, 1261, 1272, 1275, 1276, 1279, 1286, 1289, 1291, 1295, 1296, 1299, 1305, 1308, 1312, 1314, 1316, 1324, 1328, 1329, 1333, 1334, 1338, 1339, 1344, 1347, 1348, 1349, 1351, 1352, 1354, 1356, 1357, 1358, 1360, 1365, 1379, 1387, 1389, 1390, 1392, 1393, 1399, 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1593, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667 et 1669.

² *Ibid.*, vol. 999, p. 171; vol. 1059, p. 451 (rectificatif au vol. 999); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 et 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1106, 1120, 1144, 1161, 1205, 1225, 1256, 1286, 1314, 1329, 1334, 1349, 1354, 1360, 1389, 1409, 1421, 1434, 1482, 1487, 1490, 1499, 1506, 1512, 1530, 1533, 1654 et 1669.

No. 14861. INTERNATIONAL CONVENTION ON THE SUPPRESSION AND PUNISHMENT OF THE CRIME OF *APARTHEID*. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 30 NOVEMBER 1973¹

No. 15410. CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF CRIMES AGAINST INTERNATIONALLY PROTECTED PERSONS, INCLUDING DIPLOMATIC AGENTS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS, AT NEW YORK, ON 14 DECEMBER 1973²

No. 20378. CONVENTION ON THE ELIMINATION OF ALL FORMS OF DISCRIMINATION AGAINST WOMEN. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 18 DECEMBER 1979³

No. 24841. CONVENTION AGAINST TORTURE AND OTHER CRUEL, INHUMAN OR DEGRADING TREATMENT OR PUNISHMENT. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 10 DECEMBER 1984⁴

ACCESSIONS

Instruments deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 May 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1015, p. 243; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 and 18, as well as annex A in volumes 1102, 1106, 1110, 1120, 1126, 1138, 1146, 1147, 1151, 1155, 1161, 1165, 1181, 1211, 1222, 1225, 1228, 1242, 1249, 1252, 1256, 1257, 1259, 1263, 1276, 1291, 1293, 1299, 1300, 1310, 1321, 1334, 1338, 1355, 1357, 1390, 1394, 1410, 1421, 1428, 1437, 1478, 1487, 1505, 1520, 1563, 1607, 1647 and 1653.

² *Ibid.*, vol. 1035, p. 167; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 and 18, as well as annex A in volumes 1102, 1106, 1110, 1120, 1135, 1136, 1137, 1138, 1146, 1147, 1150, 1151, 1155, 1161, 1172, 1177, 1182, 1197, 1207, 1208, 1218, 1234, 1252, 1259, 1263, 1271, 1272, 1281, 1295, 1298, 1314, 1333, 1361, 1386, 1390, 1399, 1404, 1406, 1410, 1429, 1433, 1455, 1463, 1477, 1479, 1498, 1502, 1510, 1519, 1522, 1525, 1530, 1548, 1551, 1560, 1576, 1580, 1597, 1606 and 1653.

³ *Ibid.*, vol. 1249, p. 13, and annex A in volumes 1249, 1252, 1253, 1254, 1256, 1257, 1259, 1261, 1262, 1265, 1272, 1284, 1286, 1287, 1288, 1291, 1299, 1302, 1312, 1314, 1316, 1325, 1332, 1343, 1346, 1348, 1350, 1351, 1357, 1361, 1363, 1368, 1374, 1379, 1387, 1389, 1390, 1394, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1408, 1413, 1416, 1417, 1422, 1423, 1426, 1430, 1433, 1434, 1436, 1437, 1443, 1444, 1457, 1458, 1459, 1460, 1477, 1484, 1501, 1518, 1522, 1523, 1525, 1526, 1527, 1530, 1542, 1549, 1551, 1555, 1566, 1567, 1568, 1569, 1577, 1591, 1598, 1606, 1607, 1639, 1642, 1651, 1653, 1660 and 1669.

⁴ *Ibid.*, vol. 1465, p. 85, and annex A in volumes 1477, 1480, 1481, 1482, 1484, 1486, 1487, 1499, 1505, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1514, 1515, 1520, 1522, 1523, 1525, 1527, 1530, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1551, 1554, 1557, 1560, 1566, 1577, 1578, 1579, 1582, 1588, 1606, 1607, 1642, 1644, 1649, 1651, 1653, 1654, 1656 and 1669.

N° 14861. CONVENTION INTERNATIONALE SUR L'ÉLIMINATION ET LA RÉPRESSION DU CRIME D'APARTHEID. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 30 NOVEMBRE 1973¹

N° 15410. CONVENTION SUR LA PRÉVENTION ET LA RÉPRESSION DES INFRACTIONS CONTRE LES PERSONNES JOUISSANT D'UNE PROTECTION INTERNATIONALE, Y COMPRIS LES AGENTS DIPLOMATIQUES. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES, À NEW YORK, LE 14 DÉCEMBRE 1973²

N° 20378. CONVENTION SUR L'ÉLIMINATION DE TOUTES LES FORMES DE DISCRIMINATION À L'ÉGARD DES FEMMES. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 18 DÉCEMBRE 1979³

N° 24841. CONVENTION CONTRE LA TORTURE ET AUTRES PEINES OU TRAITEMENTS CRUELS, INHUMAINS OU DÉGRADANTS. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 10 DÉCEMBRE 1984⁴

ADHÉSIONS

Instruments déposés le :

14 avril 1992

LETONIE

(Avec effet au 14 mai 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1015, p. 243; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 et 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1102, 1106, 1110, 1120, 1126, 1138, 1146, 1147, 1151, 1155, 1161, 1165, 1181, 1211, 1222, 1225, 1228, 1242, 1249, 1252, 1256, 1257, 1259, 1263, 1276, 1291, 1293, 1299, 1300, 1310, 1321, 1334, 1338, 1355, 1357, 1390, 1394, 1410, 1421, 1428, 1437, 1478, 1487, 1505, 1520, 1563, 1607, 1647 et 1653.

² *Ibid.*, vol. 1035, p. 167; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 et 18, ainsi que l'annexe A des volumes 1102, 1106, 1110, 1120, 1135, 1136, 1137, 1138, 1146, 1147, 1150, 1151, 1155, 1161, 1172, 1177, 1182, 1197, 1207, 1208, 1218, 1234, 1252, 1259, 1263, 1271, 1272, 1281, 1295, 1298, 1314, 1333, 1361, 1386, 1390, 1399, 1404, 1406, 1410, 1429, 1433, 1455, 1463, 1477, 1479, 1498, 1502, 1510, 1519, 1522, 1525, 1530, 1548, 1551, 1560, 1576, 1580, 1597, 1606 et 1653.

³ *Ibid.*, vol. 1249, p. 13, et annexe A des volumes 1249, 1252, 1253, 1254, 1256, 1257, 1259, 1261, 1262, 1265, 1272, 1284, 1286, 1287, 1288, 1291, 1299, 1302, 1312, 1314, 1316, 1325, 1332, 1343, 1346, 1348, 1350, 1351, 1357, 1361, 1363, 1368, 1374, 1379, 1387, 1389, 1390, 1394, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1408, 1413, 1416, 1417, 1422, 1423, 1426, 1430, 1433, 1434, 1436, 1437, 1443, 1444, 1457, 1458, 1459, 1460, 1477, 1484, 1501, 1518, 1522, 1523, 1525, 1526, 1527, 1530, 1542, 1549, 1551, 1555, 1566, 1567, 1568, 1569, 1577, 1591, 1598, 1606, 1607, 1639, 1642, 1651, 1653, 1660 et 1669.

⁴ *Ibid.*, vol. 1465, p. 85, et annexe A des volumes 1477, 1480, 1481, 1482, 1484, 1486, 1487, 1499, 1505, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1514, 1515, 1520, 1522, 1523, 1525, 1527, 1530, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1551, 1554, 1557, 1560, 1566, 1577, 1578, 1579, 1582, 1588, 1606, 1607, 1642, 1644, 1649, 1651, 1653, 1654, 1656 et 1669.

No. 25567. UNITED NATIONS CONVENTION ON CONTRACTS FOR THE INTERNATIONAL SALE OF GOODS. CONCLUDED AT VIENNA ON 11 APRIL 1980¹

N° 25567. CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LES CONTRATS DE VENTE INTERNATIONALE DE MARCHANDISES. CONCLUE À VIENNE LE 11 AVRIL 1980¹

APPLICATION to territorial units

Notification received on:

9 April 1992

CANADA

(In respect of Quebec and Saskatchewan. With effect from 1 May 1992. Confirming the declaration made upon accession.²)

Registered ex officio on 9 April 1992.

APPLICATION à des unités territoriales

Notification reçue le :

9 avril 1992

CANADA

(A l'égard du Québec et de la Saskatchewan. Avec effet au 1^{er} mai 1992. Confirmant la déclaration formulée lors de l'adhésion².)

Enregistré d'office le 9 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1489, p. 3, and annex A in volumes 1498, 1510, 1523, 1524, 1547, 1552, 1554, 1558, 1559, 1560, 1568, 1569, 1575, 1588, 1591, 1606, 1637, 1663 and 1665.

² *Ibid.*, vol. 1606, No. A-25567.

Vol. 1671, A-25567

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1489, p. 3, et annexe A des volumes 1498, 1510, 1523, 1524, 1547, 1552, 1554, 1558, 1559, 1560, 1568, 1569, 1575, 1588, 1591, 1606, 1637, 1663 et 1665.

² *Ibid.*, vol. 1606, n° A-25567.

No. 25822. INTERNATIONAL CONVENTION AGAINST *APARTHEID* IN SPORTS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 10 DECEMBER 1985¹

N° 25822. CONVENTION INTERNATIONALE CONTRE L'*APARTHEID* DANS LES SPORTS. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 10 DÉCEMBRE 1985¹

No. 27531. CONVENTION ON THE RIGHTS OF THE CHILD. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 20 NOVEMBER 1989²

N° 27531. CONVENTION RELATIVE AUX DROITS DE L'ENFANT. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 20 NOVEMBRE 1989²

ACCESSIONS

Instruments deposited on:

14 April 1992

LATVIA

(With effect from 14 May 1992.)

Registered ex officio on 14 April 1992.

ADHÉSIONS

Instruments déposés le :

14 avril 1992

LETTONIE

(Avec effet au 14 mai 1992.)

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1500, p. 161, and annex A in volumes 1502, 1509, 1516, 1520, 1522, 1523, 1525, 1546, 1547, 1552, 1559, 1567, 1574, 1578, 1580, 1587, 1604, 1639 and 1653.

² *Ibid.*, vol. 1577, No. 1-27531, and annex A in volumes 1578, 1579, 1580, 1582, 1583, 1586, 1587, 1588, 1590, 1591, 1593, 1594, 1598, 1606, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1655, 1656, 1658, 1664, 1665, 1667, 1668 and 1669.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1500, p. 161, et annexe A des volumes 1502, 1509, 1516, 1520, 1522, 1523, 1525, 1546, 1547, 1552, 1559, 1567, 1574, 1578, 1580, 1587, 1604, 1639 et 1653.

² *Ibid.*, vol. 1577, n° 1-27531, et annexe A des volumes 1578, 1579, 1580, 1582, 1583, 1586, 1587, 1588, 1590, 1591, 1593, 1594, 1598, 1606, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1655, 1656, 1658, 1664, 1665, 1667, 1668 et 1669.

No. 27627. UNITED NATIONS CONVENTION AGAINST ILLICIT TRAFFIC IN NARCOTIC DRUGS AND PSYCHOTROPIC SUBSTANCES. CONCLUDED AT VIENNA ON 20 DECEMBER 1988¹

N° 27627. CONVENTION DES NATIONS UNIES CONTRE LE TRAFIC ILLICITE DE STUPÉFIANTS ET DE SUBSTANCES PSYCHOTROPES. CONCLUE À VIENNE LE 20 DÉCEMBRE 1988¹

OBJECTION to a declaration made by Saudi Arabia upon accession²

Notification received on:

10 April 1992

ISRAEL

The text of the objection reads as follows:

“The Government of the State of Israel has noted that the instrument of accession of Saudi Arabia to the above-mentioned Convention contains a declaration with respect to Israel.

In the view of the Government of the State of Israel such declaration, which is explicitly of a political character, is incompatible with the purposes and objectives of this convention and cannot in any way affect whatever obligations are binding upon Saudi Arabia under general International Law or under particular conventions.

The Government of the State of Israel will, in so far as concerns the substance of the matter, adopt towards Saudi Arabia an attitude of complete reciprocity.”

Registered ex officio on 10 April 1992.

OBJECTION à une déclaration formulée par l'Arabie saoudite lors de l'adhésion²

Notification reçue le :

10 avril 1992

ISRAËL

Le texte de l'objection est libellé comme suit :

[TRADUCTION — TRANSLATION]

Le Gouvernement de l'Etat d'Israël a noté que l'instrument d'adhésion de l'Arabie saoudite à la Convention susmentionnée contient une déclaration concernant Israël.

De l'avis du Gouvernement de l'Etat d'Israël, cette déclaration, qui présente un caractère explicitement politique, est incompatible avec les buts et objectifs de ladite Convention et ne peut modifier d'aucune manière les obligations qui lient l'Arabie saoudite en vertu du droit international en général ou de conventions particulières.

Pour ce qui est du fond de la question, le Gouvernement de l'Etat d'Israël adoptera à l'égard de l'Arabie saoudite une attitude de complète réciprocité.

Enregistré d'office le 10 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1582, No. I-27627, and annex A in volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663 and 1665.

² *Ibid.*, vol. 1660, No. A-27627.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1582, n° I-27627, et annexe A des volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663 et 1665.

² *Ibid.*, vol. 1660, n° A-27627.

No. 27980. BASIC AGREEMENT BETWEEN THE UNITED NATIONS (UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME) AND MADAGASCAR CONCERNING ASSISTANCE BY THE UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAMME TO THE GOVERNMENT OF MADAGASCAR. SIGNED AT ANTANANARIVO ON 19 MARCH 1991¹

N° 27980. ACCORD DE BASE ENTRE L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES (PROGRAMME DES NATIONS UNIES POUR LE DÉVELOPPEMENT) ET MADAGASCAR RELATIF À UNE ASSISTANCE DU PROGRAMME DES NATIONS UNIES POUR LE DÉVELOPPEMENT AU GOUVERNEMENT MALGACHE. SIGNÉ À ANTANANARIVO LE 19 MARS 1991¹

DEFINITIVE ENTRY INTO FORCE

The above-mentioned Agreement came into force definitively on 14 April 1992, the date of receipt by the United Nations Development Programme of a notification of ratification from the Government of Madagascar, in accordance with article XIII (1) of the Agreement.

Registered ex officio on 14 April 1992.

ENTRÉE EN VIGUEUR DÉFINITIVE

L'Accord susmentionné est entré en vigueur à titre définitif le 14 avril 1992, date de réception par le Programme des Nations Unies pour le développement de la notification de ratification du Gouvernement malgache, conformément au paragraphe 1 de l'article XIII de l'Accord.

Enregistré d'office le 14 avril 1992.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1598, No. I-27980.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1598, n° I-27980.